Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Zeitungsträger zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 286. Dienstag, den 6. Dezember 1904. 15. Jahrgang.

Schwarz und Rot.

Der Reichstag setzte am Montag die am Sonnabend begonnene Etatsdebatte fort. Erster Redner war Dr. Spahn vom Zentrum. Eine unglaublich schwache Rede. Freilich: was sollte auch der Redner der maßgebenden Partei zu dem trübseligen Etat sagen, den gerade das Zentrum durch seinen Bewilligungseifer verschuldet hat? Dazu sprach Dr. Spahn mit leiser, undeutlicher Stimme; er wurde erst deutlich zum Schluß, als er auf die Diäten zu sprechen kam, die der Bundesrat mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, dem Reichstage vorenthält.

Nach Spahn Bebel. Der Veteran unserer Partei sprach mit jenem jugendlichen Feuer, das ihn auszeichnet und das ihn vor der markigsten Persönlichkeit des Reichstages stempelt. Das Haus, die zahlreich versammelten Bundesratsmitglieder, die dicht besetzten Tribünen horchten mit gespannter Aufmerksamkeit auf Bebels Ausführungen. Mit unbarmherziger Schärfe ging unser Redner mit dem Zentrum, mit der ganzen Reichstagsmehrheit ins Gericht, die durch ihre unwürdige Nachgiebigkeit die unwürdige Lage der Volksvertretung verschuldet habe. Bebel kam auch auf jenen Gewaltstreich zu sprechen, den vor nunmehr 2 Jahren die zolllüsterne Majorität beging: der bürgerliche Geschäftsführer der Junkerschaft, der heut den Vorsitz führende St. Paasche, glaubte sich zu einem Ordnungsrufe veranlaßt, den die Rechte mit einem wahrhaften Freudengeheul begleitete. Nach der Abrechnung mit dem Zentrum kam der Militarismus und nach ihm die Regierung an die Reihe. Die unwürdige Liebedienerei gegen Rußland, wie sie im Königsberger Prozeß seinen schmachvollen Gipfelpunkt gefunden hat, erhielt die verdiente scharfe Beleuchtung und Zurückweisung. Dem Zarismus in der Außenpolitik entspricht der Russenkurs im Innern. Die Prozesse Schulz-Romeick in Berlin, die Ruhstrat-Affäre in Oldenburg werfen grelle Schlaglichter; der Prozeß im Saarrevier hat gezeigt, wie es mit der so oft proklamierten Gleichberechtigung der Arbeiter in Wirklichkeit aussieht. Unter stürmischem Beifall unserer Genossen endete Bebel seine zweieinhalbstündigen Ausführungen. Und nun ergriff der durch seine Zitatenwut bekannte Feuilletonist das Wort, der für die Reichspolitik verantwortlich zeichnet. Graf Bülow sprach länger, aber keineswegs besser, als er sonst zu tun pflegt. Er erging sich in den gewohnten Schönfärbereien, leugnete schlankweg alle Liebedienerei gegen Rußland und suchte sich über den Jammer des Gegenwartsstaates durch die nun nachgerade langweilig werdenden Zukunftsstaats-Mätzchen hinwegzutäuschen. Den besten Teil seiner langatmigen Ausführungen bildete noch, was er über unsere Beziehungen zu England zu sagen hatte.

* * *

105. Sitzung. Montag, den 5. Dezember 1904, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Bülow, Freiherr von Richthofen, Graf Posadowsky, Freiherr von Stengel, von Einem, Krätke.

Es ist eine **Interpellation Trimborn** eingelaufen, welche sich erkundigt, ob noch in dieser Session ein Gesetzentwurf betreffend Einführung des allgemeinen **Zehnstundentages** für Fabriken und ihnen gleichgestellte Betriebe eingebracht werde.

Die erste Lesung des **Etats** und der Militärvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Spahn** (Zentrum):

Die Rede des Reichsschatzsekretärs hat uns jede Hoffnung genommen, daß wir auf Grund der Finanzreform den Etat in Ordnung halten können. Kehrt doch die Zuschußanleihe wieder, die durch die Finanzreform beseitigt werden sollte. Ich kann dem Schatzsekretär nur beipflichten: unsere Finanzlage ist traurig und gering die Hoffnung, sie zu bessern. Freilich trägt auch der Reichstag Schuld an der Schuldenvermehrung. (Lebhaftes: Sehr richtig! bei den Soz.) Freilich ist die Schuld der Zentrumspartei verhältnismäßig gering. Die rasche Vermehrung der Schuldenlast ist zurückzuführen auf die Kolonialpolitik, gegen die Windhorst lebhaft protestiert hat, auf die Vermehrung des Heeres, gegen die wir gestimmt haben, und auf die Vermehrung der Flotte. — Was die Erträgnisse aus dem neuen Zolltarif betrifft, so müssen wir erst die neuen Handelsverträge abwarten, um zu sehen, was dabei herauskommt. Wenn neue Steuern notwendig sind — und sie sind notwendig — so dürfen sie jedenfalls nicht die Unbemittelten treffen. Darin sind sich der Reichstag und die Regierung einig. (Sehr richtig! im Zentrum.) Zwar haben alle, in erster Linie aber haben die Besserbemittelten Interesse an der

Weltstellung des Deutschen Reiches.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Die wohlhabenden Kreise müssen daher in erster Linie herangezogen werden. Ich halte es daher für ausgeschlossen, daß man an eine Erhöhung der Brau- und Tabaksteuer denken sollte. Nur gegen eine erneute Staffelung der Brausteuer ist nichts einzuwenden. —

Wir zollen den tapferen Truppen in Südwestafrika vollste Anerkennung, als aber neue Nachschübe notwendig wurden, hätte der Reichstag zusammenberufen werden müssen, um seine verfassungsmäßige Zustimmung zu geben. — Der ostasiatische Krieg berührt uns zunächst nur vom menschlichen Standpunkte aus. Der Krieg hat bewiesen, daß die Auffassung irrig war, als ob ein moderner Krieg unblutiger sein würde, als die früheren. Aber politisch ist Deutschland nur in geringem Maße an diesem Kriege interessiert. Mit seiner Auffassung über die deutsch-englischen Beziehungen, die Graf Bülow jüngst dargelegt hat, dürfte der Reichskanzler das ganze deutsche Volk hinter sich haben. — Nach den Zeitungsnachrichten ist

Graf Posadowsky von Oesterreich zurückgekehrt

ohne Unterschrift unter dem Handelsvertrag. Wenn Oesterreich glaubt, es würde beim Nichtzustandekommen eines Tarifvertrags die Meistbegünstigungsklausel erhalten, dann irrt es sich. (Lebh. Sehr richtig! i. Ztr.) — Aus Katholiken sind leider noch immer nicht in allen Bundesstaaten die Gleichberechtigung gewährt. — Redner geht dann auf die Zunahme der Selbstmorde ein, und verlangt Mittel und Wege gegen die unsittliche Literatur. Die Staatsanwälte müssen instand gesetzt werden, schon gegen die Anzeige unsittlicher Bücher einzuschreiten.

Der lippische Streit

ist ja in der letzten Zeit im Depeschenstil erledigt worden. (Heiterkeit.) Ich danke dem Herrn Reichskanzler für die befriedigende Lösung des unangenehmen Zwischenfalles. (Bravo! rechts.) Doch zeigt die Angelegenheit aufs neue die Notwendigkeit der Schaffung eines Staatsgerichtshofes für Deutschland, der zugleich die Verantwortlichkeit der Minister sichern könnte. — Redner spricht sich dann für Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrate aus. — Auf Südwestafrika näher einzugehen, ist heute nicht meine Absicht. Unleugbar sind arge Mißstände dort vorhanden. Es geht das Gerücht, daß in dem Heetmanshooper Gefängnis die weißen Gefangenen gegen Bezahlung mit den Hererofrauen verkehren dürfen. Es wird dies als eine der Ursachen des Aufstandes bezeichnet. — Redner geht dann auf den Etat des Reichsamts des Innern ein, regt die Schaffung eines Reichshandwerksblattes und überhaupt Maßregeln zu Gunsten des Handwerks an. — In der Sozialpolitik wird das Zentrum auf seinen bewährten Bahnen fortwandeln. Wir hätten gewünscht, daß der Staatssekretär sich zu größeren Schritten entschlossen hätte. (Sehr richtig!)

Wie steht es mit dem Zehnstundentag

und wie steht es mit dem in Aussicht gestellten Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine? In erster Linie ist es nötig, den Schutz der Heimarbeiter energisch in Angriff zu nehmen. (Sehr richtig! i. Zentr.) Auch müssen wir eine bessere und zeitgemäßere Handhabung der Sonntagsruhe wünschen. — Die neue Militärvorlage hätte nicht eingebracht werden sollen ohne gleichzeitige Vorschläge zu ihrer Deckung. (Sehr richtig! links.) Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit ist natürlich — übrigens schon aus militärischen Gründen — willkommen zu heißen. — Ein schlimmes Kapitel des Militarismus bilden

die Soldatenmißhandlungen.

Es sind wieder äußerst arge Fälle vorgekommen. Die Zahl der Mißhandlungen nimmt nicht ab, sondern zu. Leider wird immer mehr die Oeffentlichkeit bei den Militärgerichten ausgeschlossen. Der „Vorwärts“ hat eine allerhöchste Verordnung veröffentlicht, die sich gegen die Oeffentlichkeit der Militärgerichts-Verhandlungen richtet. Das ganze Vertrauen zu der militärischen Rechtspflege beruht auf der Ueberzeugung, daß die militärischen Richter ebenso unabhängig sind, wie die Richter bei den bürgerlichen Gerichten. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Wenn das Vertrauen erschüttert ist, so ist damit das Militärgerichtsverfahren unmöglich geworden. Die Kriegsgerichtsurteile in Freiburg und Dessau sind einfach als empörend zu bezeichnen. — Redner erklärt dann, das Zentrum werde an dem Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung nicht rütteln lassen, und bittet zum Schluß den Präsidenten, seinerseits an der Einführung von Diäten mitzuarbeiten. (Bravo! i. Zentr.)

Abg. **Bebel** (Sozialdemokrat):

Auch ich möchte zunächst darüber lebhafte Beschwerde führen, daß der Reichstag nicht zusammenberufen wurde, um die Kosten der Nachschübe nach Südwestafrika zu bewilligen. Es ist freilich nicht das erste Mal, daß der Reichstag so mißhandelt wurde. (Sehr gut! bei den Soz.) Aber Sie selbst (zum Zentrum) sind daran schuld! Sie werden mit der Rute gezüchtigt, die Sie sich selbst gebunden haben. Hätten Sie sich, anläßlich der chinesischen Expedition, als mit dem Reichstage ebenso umgegangen wurde, wie jetzt, so benommen, wie es der Würde eines Parlaments entspricht, dann hätte die Regierung nicht gewagt, uns aufs neue eine solche Behandlung zu bieten! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eine solche Mißachtung der Volksvertretung ist eben nur in Deutschland möglich. An Stoff für die Verhandlungen hätte es sicher nicht gefehlt, wenn der Reichstag statt im November, im Oktober zusammenberufen wäre. Bei dieser späten Einberufung geht das legislative Initiativrecht der Volksvertretung tatsächlich in die Brüche. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache verzichtet ja auch das Zentrum auf Initiativanträge und bringt lieber sozialpolitische Resolutionen ein. Diese Frage hängt eng zusammen mit der

Diätenlosigkeit.

Dutzende von Malen hat der Reichstag Anträge auf Einführung der Diäten angenommen, sie sind regelmäßig in den bundesrätlichen Papierkorb gewandert. Aber ein Parlament empfängt eben die Behandlung, die es verdient. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir erkennen an, daß der Reichsschatzsekretär sich keiner Verklausulierung, keiner Schönfärberei schuldig gemacht hat. Er hat offen bekannt, daß, wenn die vorigen Etats schlecht waren, dieser noch schlechter ist. Ich wäre der Erste, zu beantragen, daß die Rede des Reichsschatzsekretärs in den 40,000 Gemeinden Deutschlands

an den Straßenecken angeschlagen werde.

(Große Heiterkeit.) Jedenfalls war die Rede des Staatssekretärs weit besser als die heutige des Zentrumsführers. (Unruhe im Zentr.) Freilich ist das Zentrum in fataler Lage; es trägt die Verantwortung.

Im Vaterhause.

Sozialer Roman von Minna Kautsky.

45] [Nachdruck verboten.]

Diesen Moment hatte der Künstler festgehalten und, um den Vorgang lauter und sinnfälliger zu gestalten, hatte er zwei niedliche langschwänzige Eidechsen, die sich gesonnt, von dem Lärm aufgeschreckt über den Weg huschen lassen.

Man fand den Entwurf reizend, ganz allerliebst.

„Es ist, als hätte der Großvater in diesem Bilde seine Enkelinnen vorausgeahnt,“ behauptete der Bankdirektor, der ihre Aehnlichkeit mit den Blumenpflückerinnen frappant fand. Man widersprach — man stimmte ihm zu — aber alle nahmen mit Vergnügen den Anlaß wahr, die Mädeln anzugaffen, sich an ihrer Verlegenheit zu weiden.

Ferdinand wollte wissen, welche auf dem Bilde von beiden die schönere sei.

Man lachte und examinierte aufs neue.

„Die Wahl sei schwer,“ behauptete Maler Fuchs, der immer nur die Mädchen und nie das Bild betrachtet hatte.

Reich räusperte sich.

„Reich soll entscheiden!“ riefen sämtliche Damen wie aus einem Munde.

Dieser wehrte sich gegen das Richteramt. Dann, wie einer plötzlichen Eingebung folgend, mit einem schelmischen Blick auf die Schwestern, die sich hocherrötend aneinander drängten, sprach er langsam, als wäre das herrliche Epigramm Goethe's seinem eignen Fühlen entsprossen, in feiner Nüancierung, so daß jedes Wort seine Bedeutung erhielt:

„Zwei der feinsten Lacerten, sie hielten sich immer zusammen,
Eine beinahe zu groß, eine beinahe zu klein.
Siehst du sie beide zusammen, so wird die Wahl dir unmöglich.
Jede besonders, scheint einzig die schönste zu sein.“

Er verbeugte sich vor den Schwestern in lächelnder Grazie.

Allgemeines Entzücken! Man applaudierte dem Künstler. Wie geistreich, wie fein war das Kompliment, und geradezu wunderbar hatte er die Worte gesprochen, einen Ausdruck hineingelegt! Einzig! Das konnte nur Reich! Jetzt wußte man endlich, wen man zu loben hatte, ohne sich eine Blöße zu geben, und die Damen machten in enthusiastischer Weise davon Gebrauch.

Reich wehrte ab, wie ein König lästige Huldigungen, während sein Blick das erglühende Mädchen traf. Luise erschauerte in Seligkeit.

„Sie üben ja förmliche Hypnose an dem süßen Geschöpf,“ sagte Doktor Jensen zu Reich, als sie im Nebenzimmer sich fanden. „Ist das erlaubt?“ Er sagte es in jenem scherzhaft frivolen Ton, der in der Gesellschaft zum guten Ton gehört.

Reich antwortete in gleicher Weise: „Ach Gott, der sagen ihre Instinkte mehr als meine Augen, da ist schon alles wach und lebendig ... Man möchte da immer beten: Führe uns nicht in Versuchung.“

„Sie Aermster, Sie halten sich wohl für verloren?“

„Sie fragen mich mehr, als ich selbst weiß,“ entgegnete der Schauspieler mit gutem Humor, da er wohl merkte, wie sehr er die Eifersucht dieses Herrn erregt hatte und in absichtlichem Ueberschwang rief er: „Ach, wenn man so eine kleine wilde Ehe eingehen könnte, es wäre herrlich!“

„Für Sie.“

„Für uns beide. Ich bitte Sie, wer verlangt denn heutzutage nach einer Ehe auf Lebenszeit? Ist sie nicht ein Schrecken für jeden, für Mann und Weib? Je verfeinerter und nervöser unsre Naturen sind, um so unerträglicher wird das Joch. Die Ehen werden geschlossen, um gebrochen zu werden ... Wer wird mutwillig solche Katastrophen heraufbeschwören? Andrerseits, ist's nicht eine Sünde gegen die Natur, daß sich so ein liebes Mädel in Sehnsucht verzehrt, in fruchtlosem Harren, während ein Kerl, wie ich, Mariembader Wasser trinken muß und strenge Radtouren absolvieren, um sich herunter zu bringen?“

„Sie werden sich damit von dem überflüssigen Fett befreien.“

Der Schauspieler überhörte diese Bemerkung und fuhr fort:

„Glücklicherweise macht mir der Sport viel Vergnügen. Ich behaupte, das Rad ist ein ebenso großer Genuß, wie ein Weib.“

„Sehr erfreulich, da wären Sie im Moment ungefährlich?“

Reich hob den Kopf und sagte mit lustigem Blinzeln: „Gefährlich bin ich immer, das ist mein Beruf.“

Im Saale schwirrten die Stimmen immer lauter durcheinander. Alles sprach, alles lachte. Man suchte durch eine erkünstelte Lustigkeit sich gegenseitig zu animieren, zur Witzigkeit anzuspornen.

Gusti ersah den Moment, wo sie sich an ihren Vater herandrängen konnte, um ihm zuzuflüstern: „Ach Vater, wann werden wir denn essen? Ich bin so hungrig, mir ist schon ganz schlecht.“ Er tröstete sie, es könne lange nicht mehr dauern. Auch ihm knurrte der Magen, trotzdem er in befriedigter Eitelkeit schwelgte.

Ferdinand ging von einem zum andern, wie vorhin in der Küche, neugierig, naschend, Trivialitäten erhaschend. Er rieb sich die Hände, er war über die Maßen vergnügt: Man unterhielt sich bei ihm — er unterhielt sich selbst — es war famos!

In einer Ecke am Fenster erfreuten sich Tini mit dem alten Brandt eines ungestörten Tete-a-tete.

Er sprach lebhaft in sie hinein, sie replizierte nur kurz, denn sie erstickte fast vor Lachen.

Paul und Bankdirektor Krämer standen unweit davon und der letztere erörterte eingehend die Schwierigkeiten seiner neuesten Finanzoperation.

Paul nickte stumm ihm zu, während sein Ohr auf Tinis junges, herzerfrischendes Lachen horchte, das seinen kranken Nerven wohl tat. Aber seine Brauen blieben gefurcht, er sah nur gereizter und verdrießlicher aus.

Als einmal sein Blick das ungleiche Paar streifte, lächelte Krämer, er glaubte ihn zu verstehen. „Der Baron ist unverwüstlich, vor dem können wir Jungen uns verstecken ..., geben Sie acht, der wird Ihnen noch Streiche machen.“

Paul zuckte vornehm die Achseln und trat hinweg, den Bankdirektor im Bewußtsein seiner Revue zurücklassend.

„Bringen Sie doch den alten Herrn nicht so ins Feuer“, scherzte Paul, als er einige Minuten später an Tinis Seite trat. „Das ist nicht edel, Sie flattern ihm doch davon, und er hat das Nachsehen.“

Es war ein feindlicher Blick, den Vater und Sohn miteinander tauschten. Tini aber rief fröhlich: „Das ist schön, daß Sie mich auch bemerken, setzen Sie sich nur her. Wissen Sie schon, ich hab' eine Rolle in dem neuen Stück.“

„So — ah!“

„Nur zwei Sätze hab' ich zu sprechen, aber ich stell' was vor. Bin eine Marquise de Gondreville. In was für einem Kostüm muß ich erscheinen?“ wandte sie sich an den Baron.

„Im Empire-Kostüm.“

„Gondreville — Empire“, wiederholte sie, die Nasenlaute karikierend. „Gon, gon — Em Em — is so recht?“ Sie lachte wieder. „Mir tut schon die Nase weh, vor lauter Französisch.“ — „Aber sagen's mir, is 's wahr, daß das Kostüm so häßlich ist, wie der Baron mir g'sagt hat?“

Paul hatte neben Tini Platz genommen.

„Es ist das reizendste Kostüm, das ich kenne. Es verlangt einen tadellosen Wuchs, einen schönen Busen und einen geschickten Schneider trotz alledem. Ich hoffe, Sie werden uns mit all diesen Vorzügen in angenehmster Weise bekannt machen.“

„Geben Sie ihm keine Antwort auf diese Unverschämtheit“, grollte der Baron.

„Papa als Pädagode, das ist köstlich!“

„Warum nicht? Jedenfalls erzieht man fremde Kinder besser, als seine eigenen.“

„Eine späte Erkenntnis,“ höhnte Paul.

„Hier wird sie rechtzeitig zur Anwendung kommen.“

Paul erhob sich.

„Ich gratuliere, mein Fräulein, Sie sind in den besten Händen.“

Es war serviert. Gott sei Dank, dachte jeder.

In dem großen Speisesaal, im Stile der Renaissance, an einer herrlich, mit peinlichster Sorgfalt gedeckten Tafel, die im Silberglanz strahlte und reichlich mit Blumen geziert war, hatten die Gäste in gutkombinierter Reihenfolge Platz genommen. (Forts. folgt.)

wie sehr sich auch sein Andrer bemüht, es von dieser Verantwortung zu entlasten. — Es ist alles so gekommen, wie wir es erwartet haben, wie wir es z. B. bei der Beratung des Flottengesetzes verkündet haben; ja, es hat sich alles noch viel krasser entwickelt, als wir es voraussahen. Die 8 Punkte der seit 1898 inaugurierten Weltpolitik: Militärpolitik, Marinepolitik, Kolonialpolitik sind es, die die Ungunst unserer Finanzlage erzeugt haben. Sie (zum Zentrum) haben in erster Linie veranlaßt, was in den letzten Jahren gemacht wurde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdem.) — Geradezu geschüttelt habe ich mich vor Lachen, als der Zentrumsführer den Staatssekretär inständig bat, der raschen Beamtenvermehrung bei der biologischen Reichsanstalt und beim Reichs-Gesundheitsamt entgegenzutreten. Und dabei sind dies so ziemlich

die einzigen Kulturinstitute

im deutschen Reichsetat! Windhorst würde sich im Grabe umdrehen, wenn er die Rede seines Nachfolgers hören könnte. — Ihre Finanzpolitik (zum Zentrum und zur Rechten) hat Bankerott gemacht; Ihre Handelspolitik wird Bankerott machen. (Widerspruch rechts.) War es nicht in den berühmten Dezembertagen vor zwei Jahren der Führer der nationalliberalen Partei, der damals schon für den Juni des nächsten Jahres die Vorlegung der neuen Handelsverträge erheischte; derselbe Mann, der als einer der ersten dabei war, unter Bruch der Geschäftsordnung und Verfassung den Zolltarif durchzusetzen. (Stürmischer Beifall links, große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. **Paasche** (unterbrechend): Sie dürfen nicht sagen, daß ein Abgeordneter unter Bruch der Verfassung etwas durchgesetzt hat.

Abg. **Bebel** (fortfahrend): Ich werfe das nicht einem einzelnen Abgeordneten, sondern der Mehrheit vor.

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Ich nehme von meinen Worten nichts zurück und rufe Sie jetzt zur Ordnung. (Oho! links, lauter Beifall rechts.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Ihr Ordnungsruf unterstreicht nur, was ich gesagt habe. (Große Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Festnageln muß ich die Aeußerung des Herrn Spahn, er habe Bedenken, in einem Moment neue Steuervorlagen anzunehmen, in welchem die Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes durch das Inkrafttreten der Handelsverträge von selbst eintreten werde. Ich bin dankbar für dieses offene Eingeständnis, welches zugibt, was das Zentrum sonst immer bestritten hat. Das Zentrum hat verfassungsmäßige Bedenken gegen die Zuschußanleihe und bewilligt sie doch. Der Reichstag sollte doch nicht so leicht sich über die Verfassung hinwegsetzen. Bei diesem Vorgehen des Reichstags ist es allerdings nicht wunderbar, daß der größte Bundesstaat, in welchem der erste Landesbeamte Ministerpräsident ist, Gesetze macht oder machen will, die der Reichsverfassung direkt ins Gesicht schlagen: ich meine die Vorlagen über den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter und über Fleischbeschau im preußischen Landtage. (Sehr richtig! bei den Soz.) Redner geht die Etatszahlen im Einzelnen durch. Am 17. März, als wir den ersten Nachtragsetat für die Kolonien vorgelegt bekamen, bemerkte ich, daß die Gesamtkosten des Aufstandes sicher nicht unter 50 Millionen bleiben würden. Laute Oho!-Rufe von der Rechten erschallten. Und jetzt?

Die Kosten betragen bereits 135 Millionen Mark

und die ganze Zukunft des Gebietes liegt im Dunkeln. Der Schatzsekretär sprach mir aus der Seele, als er meinte, es könne darüber gestritten werden, ob der Erwerb der Kolonien für Deutschland einen Wert gehabt hätte. Bisher ist jedenfalls der Nutzen ein sehr zweifelhafter gewesen. Neue Forderungen erwarten uns: 2,200,000 Mark werden für die zerstörten Molen von Swakopmund, 10,000 Mark für den Voranschlag der Bahn von Keetmanshoop nach Windhuk gefordert; was sie kostet, ist noch nicht gesagt. In Neu-Pommern ist ein Aufstand hervorgerufen worden. Unsere baren Zuschüsse für die Kolonien belaufen sich auf 32 Millionen Mark; unser Handel — inklusive der Ausfuhr für unsere Beamten — nach den Kolonien beträgt aber auch nur 32 Millionen, während unser gesamter Außenhandel im Jahre 1903 11,500 Millionen betrug.

Nun der famose Platz an der Sonne,

um mit dem Reichskanzler zu sprechen. Ein Mandarin sagte 1903 zu Dr. Paul Goldmann: ich begreife nicht, weshalb Deutschland gerade dies Drecknest erworben hat. (Große Heiterkeit.) Mit den Geldern, die man für Kiautschau fordert, könnte man die Mark Brandenburg zum schönsten Garten der Welt machen; wenn man aber Millionen für diesen Zweck fordern würde, so hätte man Aussicht, als reif für Dalldorf erklärt zu werden. (Große Heiterkeit.) Der Handel nach China ist seit sechs Jahren so ziemlich auf demselben Fleck geblieben; die ungeheuren Kosten für die chinesische Expedition sind handelspolitisch gänzlich resultatlos geblieben. — Warum bleiben wir in China?

Was haben wir dort zu suchen?

Sucht man vielleicht von gewisser Seite aus auch in Ostasien einen Haken, um dort Schild und Waffen aufzuhängen? Der Herr Kriegsminister hat einen gänzlich elegischen Ton angestimmt. Früher hieß es immer: Geld, Geld haben wir genug! Aber die Verhältnisse haben sich geändert: der Kriegsminister hat einen schreienden Bruder im Marineminister erhalten (Heiterkeit), der jetzt als vollberechtigt adoptiert worden ist. Nun haben wir kein Geld mehr. Der Zentrumsredner meint freilich, die Einzelstaaten können schwitzen. Ich begreife das nicht bei dem grundsätzlichen Föderalismus des Zentrums. Die gesetzliche

Festlegung der zweijährigen Dienstzeit

ha... ich und meine Freunde gar keinen Wert. Sie können gar nicht anders, sie müssen bei der zweijährigen Dienstzeit bleiben. Gegenüber allen Verdächtigungen, die man gegen uns ausstreut, betone ich aufs neue: wir sind die allerentschiedensten Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht und ihrer rücksichtslosen Durchführung; wir wollen, daß jeder waffenfähige Mann die Waffen trägt. Auf die Soldatenmißhandlungen werde ich erst beim Militäretat eingehen. Wir haben noch immer das Einjährig-Freiwilligen-System. Sie werden uns niemals glauben machen, daß

für die Söhne des Volkes eine längere Dienstzeit

zur Ausbildung notwendig ist, als für die Söhne der besitzenden Klassen. Die Franzosen als Demokraten haben die Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit der Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs verbunden. Das wird den Anstoß zu einer weiteren Verkürzung der Dienstzeit geben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch bei uns wird eine energische Agitation zu Gunsten der einjährigen Dienstzeit für Alle einsetzen. In Schweden kommt die Heeresverwaltung mit einer Dienstzeit von 8 Monaten für die Infanterie und einem Jahr für die Kavallerie aus. In den „Berl. Neuesten Nachr." führte ein Offizier aus, die Japaner hätten stets die nötigen Ersatztruppen zur Verfügung, da bei der guten körperlichen Vorbildung der Japaner eine kriegstüchtige Ausbildung in drei Monaten zu erzielen sei. Das wollen wir ja gerade, daß die körperliche Ausbildung mit der geistigen Hand in Hand geht. — Es werden wieder auch

neue Kavallerieregimenter

gefordert. Ueber den Wert der Kavallerie sind die Meinungen geteilt; es ist bezeichnend, daß gerade französische Generale auf das Entschiedenste betonen, daß die großen Kavallerieattacken der Vergangenheit angehören. Zu derselben Ansicht ist auch auf Grund der Erfahrungen des ostasiatischen Krieges Oberst Gädke gelangt. Kann uns der Herr Reichskanzler vielleicht Auskunft über die Vorfälle beim Manöver bei Weißenfels geben. — Mit der Verminderung der Kavallerie könnte man bedeutende Ersparnisse erzielen. Und da die Hauptleute der Infanterie im Ernstfalle doch nicht beritten sein können, so empfiehlt sich,

die sämtlichen Pferde für die Infanteriehauptleute

zu streichen. (Große Heiterkeit rechts.) Höchst überflüssig ist der Unterschied zwischen Linien- und Gardetruppen, wie die Einteilung der Kavallerie in besondere Gattungen und die Bewaffnung mit Lanzen. — Zu den Militärausgaben gesellen sich die ungeheuren Kosten der Flottenvermehrung. — Der Reichskanzler scheint es vorzuziehen, über unser Verhältnis zu England gegenüber englischen Journalisten, statt hier im Reichstage sich zu äußern. Daß er sich nicht verpflichtet fühlt, hier im Reichstage ein ausführliches Exposé über die auswärtige Lage zu geben, ist eine neue Mißachtung der Volksvertretung. Eine öffentliche Aussprache über unser Verhältnis zu England wäre um so nötiger gewesen, als zahllose Herren z. D. und a. D. die Flottenvorlage mit der Notwendigkeit,

gegen England gerüstet zu sein,

begründet haben. So noch neuerdings der Kapitän-Leutnant Rust, dessen Broschüre in anderer Beziehung allerdings sehr beachtenswerte Wahrheiten enthält. Der Reichsschatzsekretär hat mit preiswerter Offenheit ausgesprochen, daß auf hohe Einnahmen aus den Handelsverträgen nicht zu rechnen ist. Ein wahres Glück für Sie, daß Rußland in der Patsche steckt und daher einen Handelsvertrag abschließen muß. Oesterreich-Ungarn ist aber in anderer Lage und es wird erst abzuwarten sein, ob es leicht sein wird, es auf den Zollkrieg mit ihm ankommen zu lassen. Luxussteuern ergeben nichts, das hat sich erst wieder bei der Champagnersteuer gezeigt; will man die wirklich Leistungsfähigen heranziehen, so muß man zur Reichs-Einkommensteuer und Reichs-Vermögenssteuer greifen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Sind es doch wieder die Großkapitalisten, wie sie in der „Rhein.-Westf. Ztg." ihr Organ besitzen, die nach neuen Militärforderungen schreien, während es ihnen nicht einfällt, auch nur ein paar Pfennige auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Wahrlich

ein Patriotismus, wie er erbärmlicher nicht gedacht werden kann.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Was soll denn einmal werden, wenn der Kriegseifer der Nationen sich, um mit Bismarck zu sprechen, bis zur Weißglutshitze erwärmen wird, wenn es wirklich zum Weltkrieg kommen wird? In Ostasien stehen sich Heere von Hunderttausenden gegenüber; wie aber, wenn sich Heere von Millionen entgegentreten werden? Sie müssen einsehen, daß dieses ganze System zu Grunde gehen muß. (Oho! und Lärm rechts, Beifall bei den Soz. Große Unruhe im ganzen Hause.) Die erneuten kriegsministeriellen Hinweisungen auf Frankreich und Rußland ziehen nicht mehr. 1893 hieß es: 800,000 Mann kann Rußland unter die Waffen stellen. Ja — auf dem Papier! (Heiterkeit.) Was die russische Armee wert ist, haben wir jetzt gesehen. Der Krieg Rußlands gegen Japan hat

Rußlands völligen Zusammenbruch

herbeigeführt, und das ist für uns wahrhaftig ein Glück. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist eine Wohltat für Deutschland, für Europa, für das ganze russische Volk. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Im übernächsten Jahre ist ein Jahrhundert seit Jena verflossen. Das deutsche Volk wird kein Trauer-, sondern ein Freudenfest veranstalten; nur das offizielle Preußen hat Grund zur Trauer. (Unruhe rechts.) Und was Jena für das preußische Volk, das werden die Niederlagen in Ostasien für das russische Volk bedeuten. Die Schiedsgerichtsverträge sind geradezu epidemisch geworden. Wir zweifeln nicht, daß mancher Nutzen aus ihnen erwachsen wird; aber den Kern der Dinge treffen sie nicht. Mit derselben Feder unterzeichnet Präsident Roosevelt die Einladung zu einer Friedenskonferenz wie eine neue Flottenvorlage: einer der vielen Widersprüche der gegenwärtigen Zeit. Unsere Beziehungen zu Rußland haben wir stets auf das Entschiedenste bekämpfen müssen. Wir haben im Frühjahr das Telegramm gelesen:

Rußlands Trauer ist Deutschlands Trauer.

Als japanische Schiffe vernichtet wurden, da gab es kein Telegramm. Es scheint, daß zwischen Rußland und Deutschland ein Vertrag besteht, der die deutsche Regierung verpflichtet, die russischen Militärpflichtigen auszuweisen; das tut sonst kein Land der Welt. Jetzt wird wieder aus Wirballen gemeldet, daß ein russischer K... von zwei Polizisten in der Nacht überfallen und nach Rußland ausgewiesen wurde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es heißt, daß auf der Germania-Werft Torpedos und Torpedobootszerstörer für Rußland gebaut werden. Die japanische Regierung hatte alle Ursache, sich über die laxe Art und Weise zu beschweren, wie die deutsche Regierung ihre Neutralitätspflichten gegenüber Japan auffaßt.

Die Russifizierung der deutschen Universitäten

nimmt ihren munteren Fortgang. Auf der Berliner Universität wird einfach skandalöse Spionage nach der politischen Vergangenheit russischer Studierender getrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich die deutschen Universitätsbehörden zu Handlangern der russischen Polizei-Beamten hergeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Und nun die liberale Presse! Wie scharf hat doch ein Treitschke die Fügsamkeit eines Friedrich Wilhelm IV. gegen Nikolaus I. gegeißelt — und jetzt machen sich deutsche Behörden zu Handlangern eines Nikolaus II. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) — Und nun

die unerhörte Schmach des Königsberger Prozesses.

Der Reichskanzler und 3 Minister und Staatssekretäre sind hier aufgetreten, um die Einleitung dieses Prozesses zu rechtfertigen: und dann diese fürchterliche Blamage! In der Tat: eine juristische und moralische Niederlage der allerschlimmsten Art! (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) In jedem anderen Lande wäre nach Schluß des Prozesses der Justizminister mit Schimpf und Schande aus dem Amte gejagt worden. (Sehr richtig! bei den Soziald.). Aber wir haben ja jetzt wieder am Falle Rabbirat gesehen, was sich ein deutscher Justizminister erlauben darf. — Unsere Liebenswürdigkeit übersteigt wahrhaftig alles erlaubte Maß. Die Seeräuberstreiche unseres guten lieben Nachbarn nimmt man mit rührender Geduld hin. — Wie im Aeußern so im Innern. Dieses Jahr hat wieder eine Unzahl

Fälle der ärgsten Klassenjustiz gebracht.

Jahrelange Zuchthausstrafen wegen Streikvergehen, lachhaft geringe Geldstrafen gegen Ausschreitungen von Mitgliedern der oberen Klassen. Wenn ein Sozialdemokrat — oder ein Kellner, wie im Prozeß Rabbirat — eine Aussage abgegeben hätte, wie der Frhr. von Mirbach im Schulz-Kommiß-Prozeß, er wäre sofort wegen Meineids verhaftet worden. Wenn heute Christus erschiene, er würde, wie einst die Wechsler, den Kirchenbauer Mirbach aus dem Tempel herausjagen. (Sehr gut! links.) — In Berlin ist festgestellt worden, daß tausende von Proletarierkindern ohne Frühstück in die Schule gehen, da sollten doch die Milliardäre, die sich Christen nennen, ihre Taschen aufmachen! (Sehr gut! bei den Soz.) — Wie steht es mit der oft versprochenen Gleichberechtigung — der politischen und sozialen — der Arbeiter? Mit den Staatsbetrieben, die Musterbetriebe sein sollen? Wie diese Musterbetriebe aussehen, hat uns der Prozeß im Saarrevier gezeigt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und dabei handelte es sich um Zentrumsarbeiter, nicht um Sozialdemokraten. Den Eisenbahnarbeitern wird verboten, einem Konsumverein anzugehören; wo bleibt da das Genossenschaftsgesetz? Wenn Sie den Staatsarbeitern keine Rechtsgleichheit gewähren wollen, so sprechen Sie das wenigstens offen aus, damit man in der Welt weiß, wie es mit der

Rechtsgleichheit der Arbeiter

in Deutschland steht. Und wie steht es mit dem Rechte der Arbeiter auf eine gesetzliche Vertretung ihrer Interessen? Wir habe Gewerbe-, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, wo aber bleiben die Arbeiterkammern? Würden nicht hier und da kleine Reformen in den Einzelstaaten eingeführt werden, so würde in Deutschland nichts von Fortschritt zu spüren sein. Wundern Sie sich, daß unter solchen Umständen die Unzufriedenheit in der breiten Masse wächst? In den oberen Schichten aber vermehrt sich die Servilität,

die Feigheit, die Unterwürfigkeit, die Charakterlosigkeit,

die Heuchelei in erschreckendem Maße. Bei solcher Sachlage ist es nicht verwunderlich, wenn an oberster Stelle der Himmel voller Geigen hängt. Täglich lesen wir von Denkmalsenthüllungen, Kircheneinweihungen, Festessen und Jubiläen, so daß man im Auslande denken muß, Deutschland ist ein großes Freudenhaus. (Große Unruhe rechts.) Deutschland in der Welt voran! so verkündete der Reichskanzler. Gehen Sie voran auf dem Wege der Freiheit, der Volkswohlfahrt: wir wollen Ihnen folgen; beschreiten Sie aber einen anderen Weg, so werden und müssen wir Sie bekämpfen. (Stürm. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Graf **Bülow**:

Der hervorragende Sozialdemokrat **Kautsky** hat gesagt, der russisch-japanische Krieg müsse von den Sozialdemokraten benutzt werden, um die Diktatur des Proletariats herbeizuführen. Deshalb sucht die Sozialdemokratie, Deutschland in einen Krieg mit Rußland hineinzuhetzen. Die deutsche Regierung sucht auch gegenüber Rußland eine neutrale Haltung zu bewahren. Aber die Sozialdemokratie will, daß wir unserem Nachbar die Fenster einwerfen. (Widerspruch bei den Soz.) Sie wollen international sein und predigen den Frieden und doch hetzen Sie zwischen den Nationen und suchen einen Krieg gegen Rußland herbeizuführen. Herr Bebel spottet seiner selbst und weiß nicht wie. (Heiterkeit.) Er leitet ja auch seine eigene Partei nach Grundsätzen, die er an der russischen Regierung tadelt. Begreifen Sie (zu den Sozialdemokraten gewandt) erst einmal selbst das Wesen wahrer Freiheit! (Beifall rechts und im Zentrum.) Sobald die erste Nachricht über das Aufbringen Deutscher Handelsschiffe durch Rußland bekannt wurde, haben wir auf diplomatischem Wege Genugtuung gefordert und erhalten. Die Fragen internationalen Seerechts sind sehr verwickelter Natur und sind noch nicht international geregelt worden. Aber unsere versöhnliche Haltung war nicht im Sinne mancher Leute. Namentlich bei den Sozialdemokraten zeigte sich damals eine besondere starke

Sehnsucht nach der gepanzerten Faust.

(Heiterkeit und Beifall rechts.) Der Zwischenfall des Geestemünder Dampfers „Sonntag" war gänzlich unbedeutend; es handelt sich dabei höchstens um einen Materialschaden von 3000 Mk. Trotzdem war damals der Lärm im sozialdemokratischen Lager fürchterlich. Dabei aber protestierten Sie als wir gegen Venezuela einschritten, als wir deutsche Missionare in China schützen wollten, und Sie blieben ganz ruhig, als die Hereros Deutschen die Köpfe abschlugen.

Aber als mit Rußland ein kleiner Zwischenfall passierte, wie sie im Seekriege kaum zu vermeiden sind, da riefen Sie: „Sofort vom Leder ziehen." Selbst die Engländer waren damals den Sozialdemokraten nicht forsch genug. (Heiterkeit rechts.) Der „Vorwärts" hetzte uns auf, wir sollten uns dem Protest Englands anschließen. Ich hoffe, daß Sie eine solche Reizbarkeit Ihres Nationalgefühls auch bei anderen Gelegenheiten betätigen werden.

Ueber den Gang des Königsberger Prozesses

wird der preußische Justizminister antworten — an zuständiger Stelle. (Aha und schallendes Gelächter bei den Soz.) Für meine Person möchte ich sagen: Die Kritik, die an diesem Prozeß geübt worden ist, bewegt sich auf dem Gebiete der Verschiedenheit der juristischen Auffassungen. (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Worauf es ankommt, ist die Feststellung dieses Prozesses, daß die deutsche Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein darauf hinarbeitet, die in Rußland bestehende Ordnung der Dinge umzustürzen. (Zurufe b. d. Soz.) Solche Treibereien können nur die friedlichen Beziehungen zu unserem Nachbar gefährden. Die inneren Verhältnisse Rußlands gehen uns garnichts an und wenn sie zehnmal schlimmer wären, als in Dahomey. Wir haben die Pflicht, feindliche Handlungen gegen eine uns befreundete Regierung zu verhindern. (Zuruf b. d. Soz: Das ist unwürdig.) Ein solcher plumper Angriff reicht nicht an mich heran. Nur aus formalen Gründen ist in Königsberg eine Verurteilung wegen Hochverrats nicht erfolgt. Die Sozialdemokratie hat offen erklärt, daß sie im Interesse des allgemeinen Umsturzes den Umsturz auch in Rußland herbeiführen will. Herr Liebknecht hat auch den Mörder Plehwes gefeiert. Wollen Sie leugnen, daß uns das in einen Krieg mit Rußland treiben müßte, wenn wir es ruhig zuließen; wohlverstanden in einen Krieg, nachdem Sie uns vorher wehrlos gemacht haben durch Einführung Ihrer Miliz. (Heiterkeit.)

Herr Bebel hat gerügt, daß ich einen englischen Journalisten empfangen habe. Einmal habe ich Herrn Blatchford nichts gesagt, was für das deutsche Publikum von Interesse wäre. Ich habe ihm nur gesagt, was unser verständiges Publikum auch so schon über unser Verhältnis zu England denkt, und wenn Herr Bebel verlangt, ich hätte das im Reichstag sagen sollen, so denke ich — es gibt wenig Minister, auch im Auslande, die so oft im Parlament über auswärtige Politik sprechen, wie gerade ich. Freilich muß ich mir die Zeit dazu aussuchen, und das hängt wieder davon ab, was ich zu sagen habe. Gegen Herrn Blatchford äußerte ich mich, weil gewisse englische Publizisten Unkraut auf dem Acker der deutsch-englischen Beziehungen zu säen suchten. Deswegen wollte ich hervorragende Disteln sofort ausroden. So sollten wir durch Intriguen die Schießerei in Hull herbeigeführt haben u. s. w. Sie wissen alle, daß wir nur defensive Zwecke verfolgen. Der Kreis der seefahrenden Nationen hat sich so erweitert, daß kein Volk mehr Anspruch auf die universale Seeherrschaft erheben kann.

Ein Krieg zwischen zwei Nationen würde wohl den wirtschaftlichen Organismus des besiegten Volkes ruinieren können, dem eigenen aber die schwersten Wunden schlagen. Er würde die Geschäfte der anderen Nation besorgen. (Sehr richtig!) Ich kann mir nicht denken, daß der

Gedanke eines deutsch-englischen Krieges

bei vernünftigen Leuten Anklang finden kann. Der Einsatz ist zu hoch. Das Schicksal beider Völker wird von kühlen Köpfen geleitet werden, die jetzt und zukünftig an einem friedlichen Verhältnis festhalten. (Bravo!) Der Kanzler geht dann auf die Vorgänge in Südwestafrika näher ein. Bebel hat es als einen Fehler der jetzigen deutschen Politik bezeichnet, da zu bleiben, wo sie ist. Ich hoffe, daß die Mehrheit des Hauses und Volkes entgegengesetzter Ansicht sein wird. (Schwaches Sehr richtig! rechts.) Der Reichstag ist nicht einberufen worden, weil die Lage in Südwestafrika noch nicht klar war. Wir haben das Vertrauen, daß die deutschen Truppen auch in Zukunft ihre Schuldigkeit dort tun werden. Was soll nun geschehen? Wir sind weder so grausam noch so töricht, die

halbverhungerten Hererobanden

erbarmungslos niederzuknallen. Nun, verhindert muß die Wiederholung eines solchen Aufstandes werden. Keine Feuerwaffe darf in Zukunft in den Händen eines Eingeborenen bleiben. Vielleicht werden wir die Eingeborenen in Reservate verweisen. Jedenfalls brauchen wir sie für die Landwirtschaft, den Bergbau, die Viehzucht. Südwestafrika ist nicht wertlos. Eine Privatgesellschaft läßt jetzt eine 500 Kilometer lange Bahn zu den Kupfergruben von Otavi bauen. Die Siedler und Farmer müssen wir uns erhalten und so die Entschädigungsfrage behandeln. Wir brauchen sie als Wegweiser für die Zukunft. (Bravo!) Dann aber muß unsere lokale Organisation einer gründlichen Umgestaltung unterzogen werden. (Hört, hört!) Die Verwaltung der Kolonie soll einem Zivilgouverneur unterstellt werden. Herr v. Lindequist ist dazu ausersehen. Die Selbstverwaltung soll ausgebaut, ein eigener Rechnungshof für die Kolonien geschaffen und die Zentralverwaltung der Kolonien zu einem selbständigen Reichsamt gestaltet werden. Schwierig und noch nicht gelöst ist die Frage der künftigen Organisation der Streitkräfte für die Kolonien und ihres Verhältnisses zu der Zivilverwaltung. Die Hauptsache ist, daß die ganze Organisation mit lebendigem Geist erfüllt ist. Der gegenwärtige Chef der Kolonialverwaltung hat für diesen Geist gesorgt. — Letzten Endes hängt alles davon ab, ob das deutsche Volk uns in den Stand setzt, unsere Aufgaben in der Welt zu erfüllen. Die Erfahrungen in Südwestafrika werden nicht nur für die Kriegsverwaltung, sondern auch für die öffentliche Meinung eine Lehre sein.

Von zwei Seiten des Hauses ist heut die Diätenfrage berührt worden. Ich werde darauf heute nicht eingehen. (Unruhe.) Denn in der heutigen Debatte ist nichts prinzipiell Neues vorgebracht und kein durchschlagender Grund dafür beigebracht worden, daß man die Diätenfrage sofort lösen muß. Man kann übrigens prinzipieller Anhänger der Diäten sein und doch im gegenwärtigen Zeitpunkt ihre Einführung nicht für indiziert halten. (Lachen links.) Eine Unhöflichkeit gegenüber dem Reichstage liegt darin um so weniger, als auch dieser Gesetzentwürfe der verbündeten Regierungen oft nicht angenommen hat. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Die Regierung wolle eben an eine so ernste Sache wie die Verfassungsänderung es ist, noch nicht herangehen. Sie erheben ja bei jeder Verfassungsänderung das Geschrei, daß ein unantastbares Heiligtum verletzt werde. Daß der Abg. Bebel im Namen des Reichstages dessen Würde gegenüber der Regierung wahren will, berührt sehr eigentümlich in dem Augenblick, in dem er wegen einer schweren Beleidigung der Mehrheit zur Ordnung gerufen werden muß. Im

Zukunftsstaat soll ja der Parlamentarismus überhaupt verschwinden. Die Melodie, wir seien nicht reich genug für unsere Rüstungen, ist erklungen, so lange es eine parlamentarische Geschichte gibt. Schon im Regensburger Reichstag erklang sie. Tatsächlich gibt Frankreich für militärische Zwecke 8½, Rußland 25, Italien 22, Deutschland aber nur 22 pCt. aller Ausgaben aus. Wir „können" also so wohl und die Frage ist nur ob wir „wollen?" Ein Volk, welches drei Milliarden für geistige Getränke ausgibt, sollte doch 1,2 Milliarden als Versicherungsprämie für seine Sicherheit ausgeben können. Herr Bebel soll offen sagen, ob er es auf das Risiko eines unglücklichen Krieges ankommen lassen will. Sagen Sie nicht, daß wir nicht ebenso gut wie Frankreich die Mittel aufbringen könnten.

Darauf vertagt sich das Haus zur Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6½ Uhr.

Politische Uebersicht.

Ein Dokument für unserer Zeiten Schande

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür, das „Fest der Liebe" naht. Das ist die Zeit, in welcher die Redaktionen der Zeitungen mit Aufrufen zur Mildtätigkeit aller Art überschwemmt werden. Die Absender solcher Aufrufe rechnen damit, daß in der Weihnachtszeit, wo selbst das verhärtete Gemüt goldgieriger Kapitalisten für Augenblicke von menschlichen Gefühlen bewegt wird, die „milden Spender" am zahlreichsten sind. So spekuliert wohl auch der Verfasser folgenden uns zugehenden herzzerreißenden Aufrufs:

Fast ein halbes Tausend;

220 verkrüppelte Kinder, 4 große Häuser füllend, rutschend, hinkend, gelähmt, Krücken, Höcker oder Buckel tragend, mit eiternden Wunden bedeckt, viele schwachsinnig und dazu taubstumm, blind und verkrüppelt zugleich — o herzbeweglicher Jammer! — aus allen Teilen Deutschlands ganz unentgeltlich aufgenommen und verpflegt, und außerdem noch 245 alte Sieche in 10 Häusern gegen geringes Pflegegeld aufgenommen — also gegen ein halbes Tausend der Elendesten harren, hoffen, wünschen, ersehnen und erflehen tröstende Weihnachtsfreude.

Viel Schulden, Not, Sorgen. Wer reicht seine Hand unserem großen mühe- und arbeitsschweren Samariterwerk? Es verdient das Mitleid aller edlen, milden, guten Herzen. Auch das geringste Opfer wird mit Segenswunsch herzlich bedankt werden.

Angerburg Ostpr., Kinderkrüppelheim und Siechenhäuser.

Braun, Superintendent.

Man kann nur wünschen, daß die Spekulation des Superintendenten keine verfehlte sein möge. Aber: der Aufruf selbst bildet ein Dokument für unserer Zeiten tiefe Schande!

Hunderte und Aberhunderte von Millionen gibt das „an der Spitze der Zivilisation" marschierende Deutschland alljährlich für den kulturverwüstenden Militarismus aus. Für Schaugepränge und Fürstenempfänge und Fürstenhochzeiten werden von Gemeinden Zehntausende, ja Hunderttausende geopfert. Aber für die Aermsten der Armen, die Krüppel, Blinden und Tauben, muß der Bettelsack geschwungen werden.

So will es die „göttliche Ordnung" der kapitalistischen Staaten, in denen die selbstverständlichsten sozialen Pflichten in gemeinschädlichster Weise vernachlässigt werden.

Eine Gemeinheit ersten Ranges leistet sich die „Neue bayrische Landeszeitung" über das erschreckende Ergebnis der Münchener Arbeitslosenzählung. Das Blatt bringt folgende Roheit fertig:

„7630 Arbeitslose — darunter 6360 männliche und 1270 weibliche — wurden in München gezählt. Wie viele Lumpen, Strömer, Arbeitsscheue, Strizzi, Professionsbettler und Taugenichtse darunter sind, wird nicht gesagt. Viele Arbeitslose könnten Arbeit bekommen, aber sie ist ihnen zu beschwerlich. In den Städten werden sie ja gefüttert."

Aehnlichen Ansichten haben bekanntlich auch Breslauer Stadtväter Ausdruck gegeben.

Das nächste Mal! Im Wahlkreis Schwerin-Wismar wurden in der Reichstagsstichwahl am 3. d. M., wie nunmehr ermittelt ist, 24,528 Stimmen abgegeben. Büsing (nationalliberal) erhielt 13,315, Antrick (Sozialdemokrat) 11,213 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt, aber nicht lange mehr wird dieser Wahlkreis in bürgerlichen Händen sein.

Die Anarchisten Schriftsteller Werner Kartmalelstein und Handlungsgehilfe Rudolf Lange wurden wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verletzung des Vereinsgesetzes mit 50 Mark und 40 Mark und sieben andere wegen Verletzung des Vereinsgesetzes zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Ruhstrat-Prozeß in Oldenburg geht weiter. Herr Ruhstrat wird nicht so bald mit seinen Prozessen zur Ruhe kommen. Die Rechtsanwälte Dr. Otto Sprenger (Bremen) und Dr. Herz (Altona), die Verteidiger des wegen Beleidigung des Oldenburger Justiz- und Kultusministers Ruhstrat am letzten Freitag zu einem Jahr Gefängnis verurteilten Residenzboten-Redakteurs Schweynert, haben wieder Vollmacht vom Angeklagten erhalten. Sie sind von ihm mit der Einreichung der Revision beauftragt worden. Die Revision wird sich auf eine ganze Reihe von Punkten rechtlicher wie prozessualer Art stützen.

Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona hat außerdem die Verteidigung des wegen Meineidsverdachts in Haft genommenen Kellners Meyer übernommen.

Eine deutsche Gesandtschaft an Menelik? Aus Potsdam wird gemeldet: Eine außerordentliche deutsche Gesandtschaft, an deren Spitze ein höherer Offizier aus der unmittelbaren Umgebung des Kaisers steht, begibt sich Mitte Dezember nach Abessinien, um in der Hauptstadt Addis-Ababa mit dem Negus Menelik II. Handelsverträge ꝛc. abzuschließen und ihm Geschenke des Kaisers zu überbringen. Die Gesandtschaft wird eine Anzahl auserlesener Mannschaften vom Regiment der Gardes du corps begleiten und zwar teils zum Schutz, teils zur „Repräsentation" am Hofe des Negus.

Dem Grafen Pückler ist auch in Friedrichsfelde, wo er am Freitag eine Versammlung abhalten wollte, der Mund verboten worden. Der dortige Amtsvorsteher ist im Prinzip dem Berliner Polizeipräsidium gefolgt und hat dem Grafen verboten, in öffentlichen Versammlungen zu sprechen, weil dadurch ein Bruch der öffentlichen Ordnung zu befürchten wäre. Gegen diese Verfügung haben die Einberufer der Versammlung Beschwerde beim Landrat erhoben. Dienstag Abend spricht Graf Pückler in Potsdam.

Ausland.

Justizreform in Rußland. Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Justizreform versammelten sich etwa 200 Rechtsanwälte in Moskau, die in zahlreichen Reden die Notwendigkeit von Staats-Reformen betonten, welche erforderlich seien, damit das Gericht exakt funktioniere. Sie nahmen folgende Resolutionen an: Nur die Durchführung allgemein staatlicher radikaler Reformen und die Schaffung einer Volksvertretung können eine normale Rechtspflege sichern. Rechtsanwalt Vrschewalski erbot sich, die Resolution zur Kenntnis des Justizministers und des Ministers des Innern zu bringen.

Das Duell Jaurès-Deroulede scheint auf Schwierigkeiten zu stoßen. Deroulede hat dem Genossen Jaurès nämlich 2 Zeugen vorgeschlagen, von denen der eine, Habert, zur Zeit noch im Gefängnis sitzt und der nach seiner Entlassung in einigen Tagen ebenfalls nach Saint Sebastian ins Exil gehen wird; auch der andere hat seinen Wohnsitz dort. Daraufhin haben die Zeugen von Jaurès ein neues Telegramm geschickt, in welchem sie Deroulede ersuchen, innerhalb 48 Stunden andere Zeugen zu benennen, da die Genannten zu weit entfernt seien.

Die Streikunruhen in Illinois. Aus Newyork wird gemeldet: Zwischen den streikenden Bergleuten der Leiter'schen Bergwerke bei Zeigler (Illinois) und den bewaffneten Wachen kam es in der Nacht zum Donnerstag zu einem neuen Kampf, wobei 2 Mann getötet und 4 verwundet wurden. Die nichtorganisierten Bergleute, die weiter arbeiten, Miliz und Wachen halten sich hinter Palisaden, an deren Enden sich Blockhäuser befinden, die mit Maschinengewehren armiert sind. Auf dem Dach des Wasser-Reservoirs ist ein Scheinwerfer aufgestellt worden, um bei nächtlichen Angriffen die Verteidigung zu sichern. Das Lager der streikenden organisierten Arbeiter befindet sich in den Wäldern, nicht weit von den Bergwerken entfernt. Die Stadt Zeigler befindet sich im Belagerungszustande und ist durch schnell errichtete Befestigungen geschützt. Ein Teil der nicht organisierten Arbeiter weigerte sich der Einberufung zum Sicherheitsdienst Folge zu leisten. Inzwischen hat die Grand Jury bereits gegen Josef Leiter und Henry Platt von der Zeigler Bergwerks-Gesellschaft Anklage erhoben wegen Transports bewaffneter Leute durch Staatsgebiet zum Schutze ihres Privateigentums, ohne daß sie vorher die Genehmigung des Gouverneurs eingeholt hätten.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 6. Dezember.

* **Eine Unterschrift des Arbeiters ist nicht Bedingung beim Ausschluß von Kündigung.** Vielfach ist unter den Arbeitern derjenigen Berufe, in welchem eine Kündigungsfrist durch Kollektivvertrag zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter ausgeschlossen wurde, noch die Ansicht verbreitet, es müsse ihnen beim Antritt einer Beschäftigung der Vertrag zur Unterschrift vorgelegt werden. Dem ist nicht so, vielmehr genügt es, daß derartige Vereinbarungen dem Arbeiter als ortsüblich bekannt sind. Beim Gewerbegericht werden oft Klagen anhängig gemacht, weil Arbeiter Vertragsbruch als vorliegend erachten, wenn sie ohne Kündigung entlassen werden und müssen sie bei vorstehenden Voraussetzungen abgewiesen werden. So erging es auch zwei Malern in der letzten Sitzung des hiesigen Gewerbegerichts, indem der Beklagte glaubhaft nachzuweisen vermochte, daß bei allen Mitgliedern der Malerinnung ohne Kündigung gearbeitet wird.

* **Das Ende der Breslauer Ausstellung** ist ein sehr unangenehmes. Man hatte bei den riesigen Besuchsziffern angenommen, daß ein erklecklicher Ueberschuß herauskäme. Jetzt stellt sich aber heraus, daß ein Defizit von etwa 30—40,000 Mark entstanden ist. Wie dasselbe gedeckt werden soll, ist noch nicht bestimmt. Wahrscheinlich wird die Stadt 10,000 Mark zuzahlen und außerdem auf die Bezahlung der Rechnung für Wasser ꝛc. verzichten müssen.

* **Als unbekannt verzogen** ist aus dem 26. Bezirk u. a. gemeldet worden der Kassierer Eduard Fröhlich, Blücherstraße 3a. Derselbe bittet uns festzustellen, daß er noch dort wohnt, also nicht unbekannt verzogen ist.

* **Fürsorge für entlassene Gefangene.** Der Müller Fritz L. hatte eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten in Ratibor verbüßt und wurde hierauf nach Breslau entlassen. Von seinem erarbeiteten Gelde wurden ihm zehn Mark einbehalten, die von der Breslauer Gefängnisverwaltung erst zur Auszahlung gebracht werden sollten, nachdem der Entlassene sich eine Wohnung beschafft haben würde. Mit drei Mark aber, die er in Breslau noch in der Tasche hatte, ließ sich jedoch nur schwer eine Wohnung finden und so kam derselbe auf den Gedanken, sich vorher in den Besitz der erarbeiteten zehn Mark zu setzen, dadurch, daß er eine gefälschte Anmeldung bei der Polizei einreichte. Die Folge war eine abermalige Anklage wegen Urkundenfälschung. Die Breslauer Strafkammer verurteilte ihn in ihrer letzten Sitzung unter Zubilligung mildernder Umstände zu drei Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt.

* **Ein Gefängniswerkführer vor dem Gewerbegericht.** Der Zigarrenmacher Schönfelder klagte gegen den Zigarrenfabrikanten Deter auf 66 Mark Entschädigung wegen Vertragsbruch. Im ersten Termin war der Beklagte nicht erschienen und erging gegen ihn Versäumnisurteil. Gegen dieses erhob er aber Einspruch, weshalb die Sache nunmehr zur Verhandlung kam. Deter machte geltend, er habe den Kläger in der Strafanstalt Groß-Strelitz, woselbst er arbeiten läßt, als Werkführer beschäftigt. Es sei dort außergewöhnlich viel Tabak verbraucht worden, weshalb er, Deter, dem Werkführer gesagt habe, es müsse doch Tabak gestohlen werden. Dieser habe darauf erwidert, es sei dies nicht möglich, da dies höchstens den Gefängnisbeamten möglich wäre. Er habe daraufhin den Kläger zur größten Vorsicht in Bezug auf Redensarten ermahnt, doch müsse er trotzdem diese Vorsicht außer acht gelassen haben, denn er wurde wegen Beleidigung von Beamten und weil er mit Gefangenen gesprochen habe, entlassen. Von Vertragsbruch seitens des Beklagten könne nicht die Rede sein, da der Werkführer lediglich für die Strafanstalt angenommen war und er nicht dafür könne, wenn dieser sich dort unmöglich gemacht habe. Die Sache wurde vertagt, um die Gefängnisverwaltung zur amtlichen Auskunft über den Vorfall zu ersuchen.

* **Die Breslauer Haus- und Baugenossenschaft** (E. G. m. b. H.) hält ihre nächste Monatsversammlung Dienstag, den 6. d. Mts., Abends 8¼ Uhr, im Vereinslokal Café Bristol, Gartenstraße 51, ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Herrn Ingenieurs Dr. Rich. Zendig über den „Wohnungskongreß in Frankfurt a. M." — Hierauf Diskussion. — Gäste sind, wie stets, sehr willkommen.

* **Gegen das minderwertige Fleisch der Agrarier** macht in erfreulicher Weise die Polizeiverwaltung in Ratibor mobil. Sie verfügte, daß das nicht im hiesigen Schlachthause ausgeschlachtete frische Fleisch auf den öffentlichen Märkten und in den Privatverkaufsstätten nur gesondert von dem im städtischen Schlachthause ausgeschlachteten Fleische feilzubieten ist. An diesen Verkaufsstätten hat eine Tafel mit deutlicher Schrift — „Auswärts geschlachtet" — das betreffende Fleisch zu bezeichnen. Um Verwechselungen vorzubeugen, wird darauf hingewiesen, daß das im hiesigen Schlachthause geschlachtete und untersuchte Fleisch einen blauen Stempel mit dem Stadt-Wappen trägt. Fleisch, das in den Vororten untersucht ist, trägt ebenfalls einen blauen Stempel, aber entweder in der Mitte den Namen des Beschaubezirkes, z. B. Schöndorf und unter diesem Wort „tauglich", oder an Stelle des Beschaubezirkes den Namen des mit der Untersuchung betrauten Tierarztes.

Damit wird der Absicht der Agrarier, ihr minderwertiges Fleisch zu hohen Preisen an den Mann zu bringen, wenigstens in etwas vorgebeugt. Daß die Absicht gänzlich vereitelt werde, ist Sache des Fleisch kaufenden Publikums, das in allen Läden genau auf den Stempel achten muß!

* **Ein kleiner Zwischenfall** ereignete sich gestern Abend bei der Vorstellung von Shakespeares „Heinrich IV." im Foyer unseres Stadt-Theaters. Ein Schüler, der dort mit den übrigen Theatergästen sich erging, spielte aus Langeweile mit einer kleinen Pistole, die er zufällig in der Tasche hatte. Plötzlich krachte ein Schuß und die kleine Kugel drang dem unvorsichtigen Schützen in den Stiefel.

* **Ethische Gesellschaft.** Am Freitag, den 9. Dezember, Abends 8½ Uhr (Café Bristol), folgt in der Reihe der über konfessionslosen Moralunterricht veranstalteten Referate das vierte mit dem Thema: Moralerziehung und Moralunterricht. Angeschlossen werden wiederum Beispiele aus Dr. Försters „Lebenskunde". Gäste, wie stets, sehr willkommen.

* **Gestohlen** wurden aus einer Wohnung aus Maria-Höfchen bei Breslau eine goldene Damenuhr, Nr. 14,589, mit dem Monogramm R. F., zwei Trauringe, ein Damenring mit blauen und weißen Steinen und eine goldene Brosche mit einem Kleeblatt, einer Handelsfrau von der Paulstraße ein Kinderwagen, einer Arbeitersfrau auf dem Ringe ein Portemonnaie mit 6.30 Mark und aus dem Schulhause auf der Neuen Oderstraße mehrere Mützen und ein Muff.

* **Ueberfahren.** Am 2. d. Mts. wurde ein Bäckergeselle auf dem Striegauerplatz durch eine Equipage überfahren. In einer Droschke wurde er dem Allerheiligen-Hospital zugeführt.

* **Vermißt** wird seit dem 1. d. M. der 15 Jahre alte Arbeitsbursche Alfred Schimainski, Kurzegasse 66.

* **Feuer.** Am 4. d. M., Abends, wurde die Feuerwehr nach Körnerstraße 15 gerufen, wo ein Balkenbrand ausgebrochen war. — Neue Junkernstraße 27 explodierte ein Spiritusbrenner, wodurch eine Anzahl Wäschestücke in Brand geriet.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 3. u. 4. d. Mts. 57 Personen eingeliefert. — Gefunden wurde ein Opernglas. — Abhanden kamen: ein Trauring, ein Sack mit Pferdehalftern und Gurten, ein Krimstecher und ein Hundertmarkschein. — In der Nacht zum 2. d. M. wurde ein Einbruch in einen Friseurladen auf der Moltkestraße versucht. — Mit Beschlag belegt wurden drei Maurer- oder Töpferhämmer, eine Maurerkelle und Kleidungsstücke, die vermutlich aus einem Neubau gestohlen worden sind.

* **Schwere Unfälle.** Der 2½ Jahre alte Knabe Walter Preiß von der Kurze Gasse 63, der am 3. d. M. beim Spiel mit Streichhölzern schwere Brandwunden erlitten hatte, ist noch an demselben Tage im Allerheiligen-Hospital gestorben. — Am 3. d. M. Nachmittags wurde ein Arbeiter am Ohlau-Ufer durch einen Straßenbahnwagen umgerissen und unter die Schutzvorrichtung gepreßt, wodurch er einen mehrfachen Bruch des linken Beines erlitt. Er wurde der Königl. Klinik zugeführt. — An demselben Tage wurde ein Kutscher auf dem Königsplatz bei einem Zusammenstoß des von ihm geleiteten Wagens mit einem Omnibus vom Bock geschleudert und geriet unter die Räder, wodurch er eine Wunde am rechten Arm erlitt. — Am 5. d. M. Vormittags wurde eine alte Frau auf der Rosentalerstraße durch einen Wagen umgerissen. Ein Vorübergehender riß sie schnell unter dem Pferde hervor, sodaß sie nicht überfahren wurde.

* **Vermißt** wird seit dem 25. September der 15 Jahre alte Bäckerlehrling Karl Motschek, Große Dreilindengasse 19.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Das Gewerkschafts-Kartell** hält am Donnerstag, den 8. Dezember, 8 Uhr Abends, eine Sitzung im Gewerkschaftshause ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Die Wahlen zum Ausschuß und Vorstand der Landesversicherungs-Anstalt Schlesien. Die Wahlen zum Kaufmanns-Gericht in Breslau. Abrechnung der Lokalkommission. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

* **Vom Kutscher-Streik bei Baum.** In einem Inserat der Firma Fritz Baum im „Breslauer General-Anzeiger" wird erklärt, daß die im Ausstande befindlichen Fahrer seitens des unterzeichneten Verbandes „aufgehetzt" worden seien. Das ist eine Unwahrheit. Das behauptete Durchschnittseinkommen von 20.35 Mk. haben nur zwei Mann, die übrigen ganz erheblich weniger. (An einzelnen Wochen nur 11—13 Mk.) Auch sonst dürfte ein Wochenlohn für 7 Arbeitstage mit 20.35 Mk. für Alle nicht zu hoch sein, weil ja die Betreffenden Tag für Tag auf der Straße sind und einen Teil ihres Verdienstes verzehren müssen.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Ortsverwaltung Breslau.

Liegnitz, 6. Dezember. Einen amtlich boykottierten Kriegerverein — gewiß eine bemerkenswerte Seltenheit! — hat der Regimentskommandeur geschaffen. Er verfügte, daß zu den Festen des Militäranwärtervereins die aktiven Feldwebel, Sergeanten und Unteroffiziere nicht mehr erscheinen dürfen. Wie es scheint, hat der Verein der Patrioten an Gesinnungstüchtigkeit eingebüßt. Da der Verein aber gerade durch die Teilnahme der „Aktiven" seine Zugkraft erhielt, empfindet er den Boykott als schwere Schädigung.

Neisse, 4. Dezember. Auf dem Eise. Der neunjährige Sohn des Haushälters Arbeiter war während der Schulstunden in der Frühstückspause mit andern Knaben auf das Eis gegangen. Er kam zu Fall und erlitt einen Beinbruch. Er wurde mittels Wagen in die elterliche Wohnung gebracht.

Beuthen, 6. Dezember. Wegen Falschmünzerei wurden die Eheleute Pawolka aus Bismarckhütte vom Schwurgericht zu 2 Jahren bezw. 3 Monate Gefängnis verurteilt.

Aus der Provinz Posen.

Bromberg, 5. Dezember. Zum Kaiserbesuch. „Als ganz selbstverständlich" bezeichnet die „Ostdeutsche Presse" es, daß zum Besuche des Kaisers „die ganze Stadt" sich „festlich ankleidet." Mit Verlaub: Es gibt hier etliche Tausend Einwohner, die sich von dieser „Pflicht" herzlich gern entbinden, Tausende, die dafür auch sehr triftige Gründe anzuführen wissen! Ganz abgesehen davon, daß die patriotischen Unternehmer Brombergs sich kaum entschließen dürften, den Arbeitern Zeit und Spesen für das Einkleiden zu geben!

Neueste Nachrichten.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

Geplänkel am Schaho.

Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus bei der russischen Ostarmee sendet folgende von Mukden vom 3. Dezember telegraphierte Meldung: Die Japaner haben auf die Beschießung ihrer Stellungen bei Sutschiatun durch russische Belagerungsgeschütze nicht geantwortet, obgleich sie vorher die russischen Stellungen in der Nähe von Sutschiatun mit russischen Geschützen gleichen Kalibers beschossen hatten, die sie mit zugehöriger Munition an Bord des russischen Transportdampfers „Mandschuria" seinerzeit erbeutet hatten. In letzter Nacht wurde bemerkt, daß die Japaner anscheinend Minen unter die Eisenbahnbrücke über den Schaho legten, die im Augenblicke eines eventuellen russischen Vormarsches entzündet werden sollen. Die Russen bemühten sich, die Durchführung dieser Minenlegung zu verhindern, und es folgte ein scharfes Ge-

wehrfeuer von beiden Seiten. Gleichzeitig wurden die Japaner, die mit der Beschießung des Putilow-Hügels beschäftigt waren, von einer Kosaken-Abteilung überrascht, die indessen, nachdem sie ohne Erfolg versucht hatte, die japanische Batterie zu nehmen, zum Rückzuge gezwungen wurde. General Rennenkampf hat die Japaner, deren Angriff er kürzlich abgeschlagen hat, zwei Tage hindurch verfolgt und jetzt seine Angriffsoperationen im Osten eingestellt. Es werden, obgleich der Boden auf eine Tiefe von 18 Zoll gefroren ist, noch Erdwerke errichtet.

Das kaiserliche Hauptquartier hat folgende von der Armee dieser Tage eingegangene Meldungen veröffentlicht: Am 3. Dezember etwa um 2 Uhr früh besetzte unsere Infanterie das Dorf Kutchiatun und trieb den Feind nach Norden. Das Dorf war vorher von einer russischen Infanterie-Abteilung mit Maschinengewehren fest besetzt gehalten. Auf unserer Seite wurden zwölf Mann verwundet, die Verluste der Russen betragen über 30 Mann. Am Abend des 3. Dezember ging die russische Artillerie bei Wertaaschan nebst zwei bis drei Kompagnien Infanterie gegen den Hügel vor. Der Feind wurde aber zurückgeschlagen.

Die zerstörte Bahnlinie.

Am Sonntag wurde auf 226 Werst auf der Strecke von hier nach Mukden der Bahnkörper von Chunchusen gesprengt. Der Zug wurde rechtzeitig angehalten und die Strecke ausgebessert.

Briefkasten.

Wir teilen hierdurch unseren Abonnenten von Königshütte und Umgegend mit, daß unser Kolporteur B. Blachnik, Kreuzstraße 33, ist und ersuchen wir, die Abonnementsbeiträge pünktlich zu entrichten.

Die Expedition.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

Nach Breslauer Ortszeit.
(Mitteleuropäische Zeit plus 8 Minuten.)

Dezemb. 5., 6.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.) . . .	+6,4	+6,2	+6,5
Luftdruck bei 0° (mm)	747,2	746,2	744,0
Dunstdruck (mm). . .	4,9	4,9	4,7
Dunstsättigung (pCt.) .	68	69	80
Wind (0—6)	S. 2	S. 2	S. 2
Wetter	bezogen.	bedeckt.	bedeckt.

Höhe der Niederschläge seit gestern früh (mm) 0,85.
Heute früh Regen.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells: Drechsler Peterhansel, Brigittental 16.

Freie Turnerschaft Breslau.

Turnstunden: 1. Abt.: Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8—10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Waterloostraße. — 2. Abt.: Jeden Montag und Donnerstag, Abends von 8—10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Posenerstraße.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 7. Dezember:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder. NB. Die Reigenfahrer möchten sich Mittwoch bestimmt melden.

Steinarbeiter. Abends 6 Uhr: Mitgliederversammlung.

Donnerstag, den 8. Dezember:

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr: Bezirksführersitzung. Zimmer Nr. 1.

Sonntag, den 11. Dezember:

Steinarbeiter. Vormittags 10 Uhr: Zahltag.

Arbeiter-Sängerbund. Volksunterhaltungs-Abend im großen Saale. Nachmittags 4 Uhr.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Bezirk 9. Mittwoch, den 7. Dezember: Zusammenkunft.

Distrikt III (Ober-Vorstadt).

Die Mitglieder werden ersucht, Dienstag, von 4 Uhr ab, bei Schwob, Blücherstraße 15, und Panke, Weinstraße 18, sich einzufinden, um Schlepperdienste zu verrichten. Der Distriktsführer.

Bezirk 32. Sonnabend, den 10. Dezember: Zahlabend im bekannten Lokal.

Bezirk 33. Sonnabend, den 10. Dezember: Zahlabend. Es ist Pflicht der Mitglieder, im bekannten Lokal zu erscheinen.

Bezirk 36. Sonntag, den 11. Dezember, werden die Beiträge eingeholt.

Bezirk 40. Sonnabend, den 10. Dezember: Zusammenkunft und Zahlabend. Bezirksführer Nitschke.

Distrikt VI (Schweidnitzer, Ohlauer und Strehlener Tor).

Bezirk 82, 83. Zusammenkunft Mittwoch, den 7. d. Mts., im bekannten Lokal.

Die Bezirksführer.
Fiebig und Foltis.

Bezirk Rosenthal. Sonnabend, den 10. Dezember Zahlabend. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Breslau-Land. **Volksversammlung.** Sonntag, den 11. Dezember, Vormittags 10 Uhr, in Gräbschen im Jung'schen Lokale. Tagesordnung: Berichterstattung vom Schlesischen Provinzial-Parteitage. Vortrag des Genossen Löbe. Frauen sind hierzu eingeladen.

Schweidnitz. **Männer-Gesang-Verein „Vorwärts“.** Jeden Donnerstag, Abends 8½ Uhr: Uebungsstunde im Lokal des „Zeltgartens“, Kletschkauerstraße. Gäste willkommen.

Freiburg. **Männer-Gesang-Verein „Vorwärts.“** Sonnabend, den 10. Dezember, Abends 8 Uhr: Monats-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: Das diesjährige Christbaumfest. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

NB. Die aktiven Mitglieder werden ersucht, die Gesangsstunden regelmäßig zu besuchen, damit der Verein leistungsfähig bleibt.

Freiburg. **Freie Turnerschaft.** Jeden Montag und Donnerstag von 8—10 Uhr: Turnstunde im „Gewerkschaftshause“ in Polsnitz. Freunde des freien Turnens sind stets willkommen. Der Vorstand.

Striegau. **Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“.** Jeden Dienstag und Donnerstag, von Abends 8 Uhr an: Turnen in der „Bierquelle“. Auch werden in jeder Turnstunde Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Striegau. **Wahlverein.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, in der „Bierquelle“: Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten vom Schlesischen Parteitag. 2. Stellungnahme zum preußischen Parteitag. 3. Verschiedenes. Auch die auf Karten zahlenden Genossen ersucht um zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

Striegau. **Gewerkschaftskartell.** Sonnabend, den 10. Dezember: Sitzung. Der Vorstand.

Häslicht (Kreis Striegau). **Sozialdemokratischer Wahlverein.** Genosse Lagerhalter Bruno Döring ist als Vertrauensmann gewählt worden. Es sind daher von jetzt ab alle Parteizuschriften an ihn zu richten.

Häslicht. **Sozialdemokratischer Wahlverein für Häslicht und Umgegend.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Genossen Jacob: Beitragserhebung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Pilgramshain. **Sozialdemokratischer Wahlverein für Pilgramshain und Umgegend.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Genossen Bauch: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Besprechung über die Beschickung des Preußischen Parteitages. Wichtiger Angelegenheiten halber ist es Pflicht jedes Genossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Jauer. **Gesang-Verein „Vorwärts“.** Jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr: Gesangstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Hirschberg. **Wahlverein.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 5 Uhr, in der Andreasschenke: Versammlung. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitage in Liegnitz. Stellungnahme zum Preußischen Parteitag. Verschiedenes. Um rege Teilnahme ersucht Der Vorstand.

Liegnitz. **Freie Turnerschaft.** Sonnabend, den 10. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Kronprinz von Preußen“: Oeffentliche Turner-Versammlung. Tagesordnung: Arbeiter-Turnerbund und Deutsche Turnerschaft. Referent: Kreisvertreter Alfred Schramm-Breslau. Der Vorstand.

Liegnitz. **Deutscher Holzarbeiterverband.** Donnerstag, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter. Referent: Karl Dietrich-Breslau. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Die Ortsverwaltung.

Hahnau. **Arbeiter-Gesang-Verein.** Jeden Donnerstag Abends 8 Uhr: Singstunde bei Gruner.

Tillendorf. **Wahlverein Bunzlau-Löben.** Sonntag, den 11. Dezember 1904, im Gasthof „Zur Stadt Bunzlau“ Familienabend. Anfang 4 Uhr.

Brieg. **Männer-Gesangverein „Vorwärts“.** Jeden Donnerstag: Uebungsstunde.

Brieg. **Sozialdemokratischer Verein.** Mittwoch, den 7. Dezember, Abends ½9 Uhr: Vorstandssitzung. Die Bezirksführer sind ganz besonders eingeladen. Der Vorstand.

Brieg. **Sozialdemokratischer Verein.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 4 Uhr: Zusammenkunft.

Zu dieser Zusammenkunft sind alle Mitglieder, sowie auch alle diejenigen, die ihren Namen auf die diese Woche zirkulierenden Listen unterzeichneten, eingeladen und ist pünktliches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

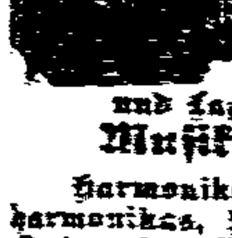
Stadt-Theater.
Dienstag: „Carmen.“
Mittwoch: „Die Afrikanerin.“
Donnerstag: „Manon Lescaut.“

Lobe-Theater.
Dienstag: „Traumulus.“
Mittwoch: „Der Rastelbinder.“
Donnerstag: „Traumulus.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Mittwoch: Gruppe E. 1. Vorstellung: **Lorbeerbaum und Bettelstab.**
Freitag: Gruppe F. 1. Vorstellung: **Lorbeerbaum und Bettelstab.**
Donnerstag und Sonnabend: Aufführung des Festspiels „Waldweihnacht.“ von **F. von Schweinitz.**

Dominikaner.
Täglich
Original-Farinelli's
Alle 3 Tage vollständig neues Programm
Anf. 7½ Uhr, Entree 10 Pf.
Reserviert 20 Pf.

Zahnarzt Schenk
Matthiasstrasse 10 (Café Hemm)
Mässige Preise.


Harmonika-Fabrik
und Lager aller **Musikwerke.**
Harmonikas, Mundharmonikas, Symphoniums, Automaten, Grammophone, Zithern, Violinen etc.
J. Plau,
Inh. **Schütze,**
2225 **58 Ring 58.**
Reparatur-Werkstatt aller Musikwerke.

Herren-Anzüge
Gustav Knauerhase
Neumarkt 45. 1584

Todes-Anzeige.

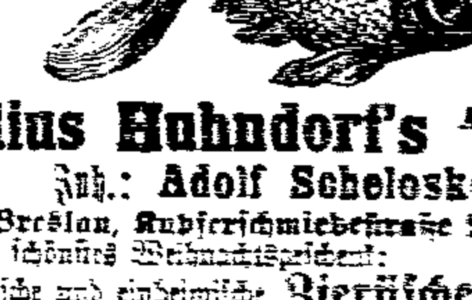
Am 4. d. Mts. verschied nach langen, schweren Leiden unser Kollege und Mitarbeiter, der Arbeiter

Karl Pachaly

im Alter von 56 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

die Mitarbeiter der Waggonfabrik Gebr. Hofmann & Comp. Werkstatt Meister Schwarze.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 1½ Uhr vom Trauerhause, Lewaldstrasse 9, nach Gräbschen. 2377



Julius Huhndorf's Aquarien-Institut,
Inh.: **Adolf Scheloske,**
Breslau, Kupferschmiedestraße Nr. 45 1884
empfiehlt als schönstes Weihnachtsgeschenk:
Exotische und einheimische **Zierfische,** selbsttätige **Zimmer-Fontänen Aquarien, Blumentische, Wasserpflanzen, Tuffsteingrotten, Muscheln,**
Anerkannt bestes Fischfutter „Manna“.

Puppenwagen und Puppensportwagen
empfiehlt in enormer Auswahl zu bekannt **billigsten Preisen**
F. Konetzny, Liegnitz.
Größte Kinderwagenfabrik Ost-Deutschlands.
Filiale: Breslau, Ring 56, I. Etage.
Verkauf zu Fabrikpreisen.
Kinderwagen und Kindersportwagen jetzt extra billig. 2357

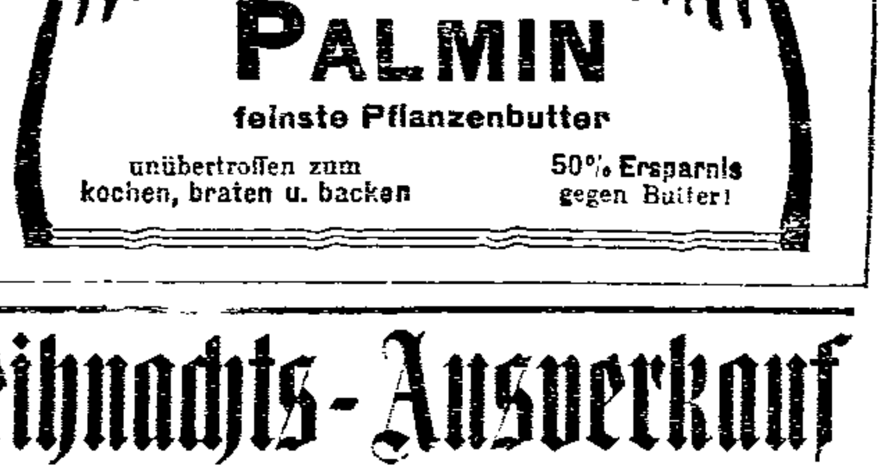
Der Neue Welt-Kalender für 1905
ist soeben erschienen und durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.
Preis 40 Pfennige.

Damenkleider
als Haus-, Gesellschafts-, Braut- und Trauerkleider fertigt sauber **E. Simon,** Matthiasstr. 35, II.

Anzüge
10 Mk., nach Maß eleg. 18 Mk.,
Joppen 5½ Mk., Hosen 3,50 M.
Anzug-Haus **L. Guttmann** 2105
35 Gräbschenerstraße 35.

Anzüge, Ueberzieher 20 Mk. 1865
aufwärts in großer Auswahl
gegen Teilzahlung.
Pincus Hübner,
Ohlestraße 29, I.

Echt russische Stamboli-Zigaretten
à 2, 3, 4 u. s. w. Pfennige, 2253
die berühmtesten Russlands,
zu haben in den Zigarrengeschäften.



Großer Weihnachts-Ausverkauf
des
Uhren- und Goldwaren-Kaufhauses
Albert Möwius, Uhrmacher
Kupferschmiedestraße, Eckhaus Schmiedebrücke 56
zu den zwei elektrischen Straßen-Uhren.

Um mein übergroßes Lager zu räumen, verkaufe ich bis auf weiteres **Uhren und Goldwaren** zu folgenden, noch **nie dagewesenen Preisen:**

Herren-Uhren	von 3.00 Mk. an		
Silb. Herren-Remontoir-Uhren	„ 5.75	„	„
Silb. Damen-Remontoir-Uhren	„ 5.75	„	„
Gold. Damen-Remontoir-Uhren	„ 11.50	„	„
Regulator mit Schlagwerk .	„ 5.00	„	„
Wecker und Wanduhren . .	„ 1.75	„	„

Trauringe, echt Gold, mit Reichsstempel, v. **2.90** Mk. an
Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe, silberne Stöcke etc in kolossaler Auswahl zu **auffallend billigen Preisen** unter mehrjähriger Garantie.

Tausende Anerkennungsschreiben. Preislisten gratis u. franko.

Eigene Spezial-Werkstatt für Reparaturen unter meiner persönlichen Leitung.

Achten Sie genau auf Firma! **Achten Sie genau auf Firma!**

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles“ und die Inserate: **Franz Kühe;** — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“ **Paul Löbe.** Redaktion u. Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oscar Schütz;** — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. **Hierzu 1 Beilage.**

Beilage zu Nr. 286 der „Volkswacht.“

Dienstag, den 6. Dezember 1904.

Schwere Opfer im Hottentottenkriege.

Der Angriff, den der Hottentottenführer Morenga am Abend des 28. November gegen die Kompagnie von Koppy in Warmbad unternahm, ist zwar zurückgewiesen worden, aber mit schweren Verlusten deutscherseits.

Gefallen sind: Leutnant Alfred Schmidt, geboren 30. März 1874 in Meppen; Leutnant Ewald Tessen v. Heydebreck, geb. 17. Juli 1879 in Guben; Unteroffizier Karl Gerber, geb. 10. Februar 1877 in Buttstädt (Weimar); Gefreiter Ernst Wilke, geb. 17. September 1879 in Seehausen (Altmark); Reiter Otto Moser, geb. 22. Mai 1880 zu Murzig (Krossen a. O.); Gefreiter Karl Hübner, geb. 2. Dezember 1879 zu Fischbach (Reg.-Bez. Wiesbaden); Reiter Karl Marckwardt, geboren 18. September 1883 in Schutschur (Reg.-Bez. Lüneburg); Reiter Reinhold Backhaus, geb. 4. August 1879 im Memleben (Kreis Eckartsberga); Reiter Johann Oskamp, geb. 16. Januar 1884 in Gronau; Reiter Walter Riese, geb. 25. November 1877 in Berlin.

Schwer verwundet: Unteroffizier Michael Wannenmacher, geb. 11. September 1880 in Schaffhausen; Reiter Hermann Heinz, geb. 10. April 1884 in Schirmeck (Unterelsaß); Reiter Gerhardt Ossendorf, geb. 6. Juli 1881 in Wessum (Westfalen), Reiter Emil Kulke, geb. 14. März 1882 zu Trachenau (Königreich Sachsen).

Leichtverwundet: Reiter Peter Lang, geb. 2. Mai 1883 in Kelsterbach (Großherzogtum Hessen).

Vermißt: Unteroffizier Ernst Bammel, geb. 28. Dezember 1880 zu Darnebeck.

Die ganze Streitmacht Koppys zählte, wie bemerkt sei, nur 100 Gewehre (einschließlich eines Burenkommandos) und zwei Geschütze. Inzwischen haben neue Gefechte stattgefunden, deren Verlustliste noch aussteht.

Japan und Rußland.

„Daily Telegraph“ meldet aus Tschifu vom 3. Dezember: Den Japanern sei es gelungen, schwere Geschütze auf den 203 Meter-Hügel oder auf die Anhöhe westlich von Itieschan in Stellung zu bringen. Die Russen hielten den 203-Meter-Hügel ununterbrochen unter Feuer.

Bei Port Arthur sind, japanischen Meldungen zufolge, die Russen eifrig damit beschäftigt, die Minen im Hafen zu beseitigen, wie man meint, um dem eingeschlossenen russischen Geschwader die Möglichkeit zu einem neuen Ausfall zu geben.

Kleine Kriegsnachrichten.

50,000 Mann frische russische Verstärkungen sollen bei Kirin, 350 Kilometer nördlich von Mukden eingetroffen sein und nach Süden vorrücken.

Die Russen haben Schanghai zu einem vollständigen Depot für Armee und Flottenbedarf gemacht. Große Kohlenlager seien auf russische Rechnung angelegt. Ein bekannter englischer Blockadebrecher stehe in lebhaftem Verkehr mit den in Schanghai internierten Seeoffizieren. Die Verletzung der Neutralität errege große Erbitterung. Die Japaner hätten wegen verschiedener Ausschreitungen der russischen Seeleute eine scharfe Bewachung derselben von den chinesischen Behörden gefordert, da in Schanghai 2000 Japaner leben.

11. schlesischer Parteitag.

Liegnitz, 4. Dezember 1904.

Nachmittags-Sitzung.

Nach der Berichterstattung der Mandatsprüfungs-Kommission, die wir bereits gestern erwähnten, wird die Debatte über

die Organisation in Schlesien

fortgesetzt. Zuerst nimmt das Wort

Schebs-Bunzlau: Er müsse bemerken, daß seine Stellung zu der Frage der Parteisekretäre nicht von persönlichen Momenten bestimmt sei, denn er habe heute zum ersten Male gehört, daß sein Name in der Angelegenheit genannt wurde. Die Gründe, welche der Brieger Redner gegen die Parteisekretäre geltend gemacht habe, seien ganz hinfällig. Wie notwendig solche Sekretäre sind, haben die Ausführungen des Delegierten aus Weißwasser bewiesen. Wenn wir warten sollen, bis Genosse Kühn die Anstellung von Parteisekretären für notwendig hält, können wir noch sehr lange warten. Wenn die Agitationskommissionen ihre Aufgaben erfüllen sollen, dann müssen sie aus Delegierten der Wahlkreise zusammengesetzt sein. Nur so können die Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Kreise die nötige Beachtung finden.

Stolpe-Waldenburg will sich über die Vortragstour auslassen. Schlesien sei schon immer dabei hinter heruntergerutscht, nach Schlesien gehen die auswärtigen Redner nicht gern. Aber die Genossen unserer Provinz haben es auch garnicht nötig, immer auswärtige Redner zu suchen, es kommt doch nicht auf den großen Namen, sondern auf das an, was der Redner sagt. Wir bekämpfen sonst den Autoritätendusel und sollten ihn nicht bei uns einführen. Was den Parteisekretär anbelangt, so ist Redner nicht der Ansicht, daß es vorteilhaft ist, wenn derselbe an einem kleinen Orte sitzt. Er muß im Gegenteil Anregung suchen und finden und es ist sehr wünschenswert, daß er in Breslau wohnt oder in Liegnitz.

Außer der Reihenfolge erhält nunmehr das Wort

Genosse **Molkenbuhr**-Berlin: Es laufen augenblicklich so viele Gesuche um Anstellung von Parteisekretären ein, daß wir, abgesehen von den Finanzen, kaum genug Personen finden würden, die diese Posten voll ausfüllen können. Der Parteivorstand hat für die Anstellung gewisse Richtlinien aufgestellt. Ist so eine Stelle erst geschaffen, dann soll sie nicht wieder eingehen, das kann aus Rücksicht auf die angestellte Person und aus Rücksicht auf die Partei nicht geschehen. Es würde da Streit entstehen, warum sollen wir gerade in unserer Provinz verzichten und warum nicht die anderen. Dann soll auch darauf gesehen werden, daß der Sekretär die nötige Beschäftigung findet. Muß er alle Kleinarbeit machen, dann kann es vorkommen, daß die übrigen Genossen am Orte glauben, sie haben nichts mehr zu tun. Für Schlesien wird der Parteivorstand nicht mehr als einen Parteisekretär bewilligen können, wir müssen Rücksicht nehmen auf unseren Geldbeutel. Der Ueberschuß des vergangenen Jahres ist kein normaler, der immer wiederkehren wird, sondern er ist zurückzuführen auf die Ueberschüsse des Wahljahres. Die Abrechnungen erfolgten meist erst nach Schluß des vorigen Berichts, und so flossen die Gewinne in das nächste Jahr über. Zum Schluß macht Redner noch darauf aufmerksam, daß es nicht allein auf die Form, sondern vielmehr auf den Geist der Organisation ankommt. Als das Sozialistengesetz alle unsere Organisationen zertrümmerte, hat der gute Geist der Genossen uns zu neuen Erfolgen geführt. (Beifall.)

Franke-Breslau polemisiert gegen die Ausführungen des Genossen Müller-Görlitz, der nicht verschleiern kann, daß die Görlitzer nichts für die Provinz getan haben. Die Breslauer haben gegenüber ihrem Landkreis immer ihre Pflichten erfüllt.

Kortmann-Sagan erklärt sein Einverständnis mit dem Görlitzer Antrag und wünscht, daß der Parteisekretär, der für Niederschlesien angestellt wird, seinen Sitz in Sagan erhält.

Ossowski-Hirschberg meint, daß der Sitz des Sekretärs nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, die Hauptsache bleibt, daß wir einen bekommen, der seine Pflichten gut erfüllt. Er muß vor allen Dingen dahinter sein, wenn einzelne Vertrauensleute ihre Pflicht nicht erfüllen.

Klühs-Breslau ist der Ansicht, daß zwei Partei-Sekretäre das mindeste dessen ist, was zur rationellen Agitation notwendig sei. Der Parteivorstand täte gut, nicht gar zu ängstlich auf den Geldbeutel zu sehen. Es handelt sich doch um ein Experiment, und wenn ein solches von vornherein zu ängstlich angefaßt wird, dann mißlingt es in der Regel. Wenn wir die Tätigkeit der Gewerkschafts-Gauleiter ansehen, dann kann über die Zweckmäßigkeit des Instituts kein Streit mehr herrschen. Mit dem Institut der Gauleiter ist aber dasjenige der Parteisekretäre identisch. Und wenn man schon einen Anfang macht, dann soll man nicht gleich von vornherein knickern. Schlesien ist in wirtschaftlicher und politischer Beziehung sehr rückständig, aber in seiner Art auch so verschieden, daß mehrere Parteisekretäre jeder sehr viel zu tun hat. Redner bittet den Genossen Molkenbuhr, beim Parteivorstand für die Anstellung von mindestens zwei Sekretären zu plädieren.

Mohring-Liegnitz: Ganz sicher braucht Niederschlesien in erster Linie eine Kraft, die die Agitation zu leiten hat. Als Sitz derselben ist jedenfalls Liegnitz weit geeigneter als Sagan, da in Liegnitz doch schon eine lebhafte Parteibewegung ist. Die bessere Bahn-Verbingung ist allein nicht maßgebend. Es kommen auch andere Momente in Frage. Deshalb sollte man Liegnitz als Sitz des Parteisekretärs auswählen.

Feldmann-Langenbielau: Niederschlesien ist groß genug als Wirkungskreis für den Parteisekretär. Wenn die Bezirke zu groß werden, dann kann auch der Parteisekretär nicht, wie zu wünschen, arbeiten. Was nun die Agitationsbezirke anlangt, so müssen sie sich an große Parteiorte natürlich angliedern, wie das jetzt schon in Langenbielau, Görlitz und Breslau geschieht. Danach sollte man auch die Tätigkeit der Parteibeamten einrichten.

Genosse **Löbe**: Gegen die sogenannten „faulen Köpfe,“ die den großen Mund haben und nichts für die Partei tun, ist die feste Vereinsform ein Abwehrmittel, deshalb müssen wir darauf bestehen, daß jeder ernste Genosse sich politisch organisiert. In Schlesien sind die Agitationsbezirke, wie Genosse Molkenbuhr es wünscht, in natürlicher Weise um die leistungsfähigen Hauptorte gruppiert. Trotzdem ist es wünschenswert, daß die einzelnen Wahlkreise in jeder Agitationskommission vertreten sind, es wird dadurch mehr Leben in diese Kommissionen kommen. Der etwaige Neid, dem der Sekretär begegnen kann, braucht uns nicht abhalten, etwas Gutes zu schaffen. Hier wird gesagt, der Parteisekretär kann die Pflichten nicht erfüllen, die ihm gestellt sind, ja, warum können es denn die Gewerkschaftssekretäre? Der Parteisekretär soll genau wie sie, Anknüpfungspunkte suchen und dort, wo eine Organisation zu versumpfen droht, um aufzumuntern, zu helfen und zu stützen. Selbst wenn das Gebiet des Sekretärs, wie Genosse Pfannkuch es wünscht, ein großes sein soll, kann Mittel- und Niederschlesien nicht zusammengeknüpft werden. Aus diesem Grunde müssen wir zwei Sekretäre fordern und wenn wir nur einen erhalten, ihm nur die Hälfte der Provinz übergeben.

Schütz-Breslau wendet sich im Schlußwort gegen die Einwendungen, die gegen den Bericht der Agitationskommission erhoben worden sind. Insbesondere hebt er gegenüber Müller-Görlitz hervor, daß die Breslauer Genossen eine Verpflichtung, den Landtagswahlzuschuß zurückzuzahlen, nicht anerkennen. Der Breslauer Verein hatte beschlossen, an der Abgeordnetenwahl sich nicht zu beteiligen. Der Parteivorstand ordnete aber die Beteiligung an und übernahm seinerseits die Kosten. Insofern beruht also die Aeußerung Müllers auf einem Irrtum. Im weiteren verspricht er, daß die Wünsche und Anregungen, die angebracht sind, möglichst Berücksichtigung finden werden.

Hierauf wird folgender Antrag Löbe angenommen:

1. Der Parteitag empfiehlt den Genossen überall, wo dies möglich ist, die politische Vereinsorganisation vor dem Vertrauensmänner-System vorzuziehen.

2. Der Parteitag erhebt den Görlitzer Antrag zum Beschluß, mit der Maßgabe, daß Neustadt, Neisse, Oppeln, Kreuzburg, Rosenberg, Leobschütz und Falkenberg dem Bezirk Breslau zugeteilt werden.

3. Es wird eine Provinzialkommission durch je einen Vertreter der Agitationskommission gebildet, welche die allgemeinen Parteiangelegenheiten der Provinz erledigt.

Der oben zitierte Görlitzer Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Der schlesische Provinzial-Parteitag zu Liegnitz setzt das auf dem Breslauer Provinzial-Parteitage beschlossene Organisationsstatut für Schlesien außer Kraft. Schlesien wird in vier Agitations-Bezirke eingeteilt, deren Vororte Breslau, Langenbielau, Görlitz und Kattowitz sind. Den Agitationsbezirken gehören die Wahlkreise zu, welche ihnen vom Parteivorstand bei der letzten Reichstagswahl zugewiesen wurden. Demnach gehören zum Agitationsbezirk Breslau die neun Wahlkreise Guhrau, Militsch, Oels, Brieg, Ohlau, Breslau-Ost, -West und -Land und Liegnitz; zum Agitationsbezirk Langenbielau die sieben Wahlkreise Striegau, Waldenburg, Reichenbach, Glatz, Frankenstein, Landeshut und Hirschberg, zum Agitationsbezirk Görlitz die sieben Wahlkreise Grünberg, Sagan, Glogau, Bunzlau, Löwenberg, Görlitz und Rothenburg; zum Agitationsbezirk Kattowitz gehören die zwölf Wahlkreise des Regierungsbezirks Oppeln.“

Ebenfalls angenommen wird folgender Antrag Müller-Görlitz:

„Der Parteitag wünscht, daß der Parteivorstand zwei Partei-Sekretäre für Schlesien bewilligt, einen für Niederschlesien und einen für Mittelschlesien. Sollte trotzdem nur einer zunächst bewilligt werden, so soll Niederschlesien den Vorzug erhalten. Ueber den Sitz des Sekretärs sollen die Agitationsbezirke mit dem Parteivorstand verhandeln.“

Der Antrag Schebs-Bunzlau:

Die Agitationsbezirks-Kommissionen sollen sich aus Vertretern der einzelnen Kreise, die ihr unterstellt sind, zusammensetzen

wird abgelehnt, doch erklärt sich der Parteitag damit einverstanden, daß es den einzelnen Kommissionen frei-

Aus aller Welt.

Um die Zivilliste eines Königs. Ein interessanter Prozeß wird am 8. Dezember vor der sechsten Strafkammer des Dresdener Landgerichts zur Verhandlung gelangen. Es hatte im Königreich Sachsen sehr unliebsames Aufsehen erregt, daß im Jahre 1902 kurz nach dem Regierungsantritte König Georgs die Zivilliste erhöht wurde, obwohl gerade damals der schwerste wirtschaftliche Tiefstand noch anhielt, und allgemein Klage über den Steuerdruck geführt wurde. Diese Verhältnisse hatte die „Dresdener Rundschau“ bei dem Thronwechsel im Oktober dieses Jahres näher beleuchtet, und die Mißstimmung, die im Volke herrschte, auch unter anderem damit erklärt, daß der König Georg übel beraten gewesen sei, da er auf die Erhöhung der Zivilliste nicht verzichtet habe, obwohl das Volk unter dem Steuerdruck schwer litt. Trotzdem diese Dinge in Sachsen überall besprochen und auch vor der Reichstagswahl 1903 zum Gegenstand der Agitation gemacht worden waren, hat die Staatsanwaltschaft jetzt doch gegen die „Dresdener Rundschau“ Anklage aus § 131 des Strafgesetzbuchs, und zwar wegen Verächtlichmachung von Anordnungen der Obrigkeit durch Behauptung wissentlich entstellter Tatsachen erhoben. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Weichert, die Verteidigung hat der Berliner Rechtsanwalt Dr. Schöps übernommen. Man darf auf den Ausgang dieses Prozesses gespannt sein.

Von der Majestätsbeleidigung freigesprochen. Ein Malergehilfe aus Lützelburg restaurierte den Pferdestall eines Saarburger Oberstleutnants und fand hinter einer Haferkiste ein altes, bestaubtes und völlig wertloses Kaiserbild ohne Rahmen, wie solche von Offiziersburschen wohl öfters im Stall oder der Putzkammer an der Wand angeklebt oder angenagelt werden. Er benutzte diesen Pappdeckel, um seinen Farbenpinsel zu probieren und überstrich dabei das Bildnis des Kaisers mit der Farbe. Als der Stallbursche dabei zu ihm sagte, das dürfe er nicht tun, das sei eine Majestätsbeleidigung, soll er geäußert haben: „Wir brauchen keinen Kaiser mehr,“ und dabei pinselte er ruhig an dem Bilde weiter. Dieses Verbrechen ließ dem Maler Gérard aus Oberstinzel keine Ruhe; er ging hin und denunzierte seinen Mitarbeiter, einen achtzehnjährigen jungen Menschen aus guter Familie wegen Majestätsbeleidigung durch einen anonymen Brief. Die Strafkammer zu Zabern sprach den Beschuldigten frei, weil ihm das Bewußtsein einer Beleidigung gefehlt habe. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Brunn aus Zabern, führte aus, daß, falls dieser Sachverhalt eine Majestätsbeleidigung darstelle, man jeden, der ein altes Kaiserbild in den Papierkorb befördere oder an einen Trödler weitergebe, wegen Majestätsbeleidigung verurteilen müsse, und daß der junge Mensch in einem Pferdestall wahrscheinlich nicht eine republikanische Manifestation veranstalten wollte. Es ist sehr bedauerlich, daß man in solchen Fällen dem traurigen Denunzianten nicht die Kosten des Strafverfahrens auferlegen kann.

Das Verschwinden des Landgerichtsrats Hoffmann. Trotz der eifrigsten Nachforschungen seitens der Berliner Polizei ist es bis zum heutigen Tage noch nicht gelungen, das Dunkel über das Schicksal des Vermißten zu lichten. Nach dem Ergebnis der bisherigen Feststellungen ist jedoch kaum anzunehmen, daß der Landgerichtsrat unter den Lebenden weilt. Wäre dies der Fall, so hätte er zweifellos seinen Angehörigen oder seiner Wirtin irgendwelche Nachricht gegeben. Dies ist jedoch nach bereits fünftägigem Fernbleiben bis heute noch nicht geschehen. Auf welche Weise der Verschwundene seinen Tod gefunden, darüber fehlt jeder Aufschluß. Ein Vorfall, der in der Nacht zum Dienstag am Lützowufer durch einen Droschkenkutscher beobachtet worden ist, und wonach dort eine männliche Person in den Kanal gestürzt ist, dürfte mit dem Verschwinden des Landgerichtsrats kaum in Verbindung zu bringen sein, da der erwähnte Unfall bereits um 2 Uhr Morgens beobachtet worden ist, während sich der Landgerichtsrat Hoffmann erst um 4 Uhr von einem Freunde in der Bülowstraße verabschiedete. Wenn er den Heimweg zu Fuß angetreten hat, so nimmt man an, daß der Vermißte im Dunkel der Nacht an der Lützowbrücke, die er passieren mußte, in das Bangewirr der dortigen Kanalisationsarbeiten geraten und schließlich in den angrenzenden Kanal gestürzt ist. Neben der Möglichkeit eines Unfalles rechnet man jedoch auch mit einem Verbrechen. Der Landgerichtsrat pflegte stets mehrere Hundert Mark bei sich zu tragen, und außerdem führte er eine wertvolle goldene Uhr bei sich.

Zum Feuer auf der Weltausstellung. Es heißt, daß bei dem Feuer auf dem Weltausstellungsterrain in St. Louis eine Person ums Leben gekommen ist, ein Mann ist unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet worden. Unter den Gegenständen, die verbrannt sind, befinden sich eine Reihe von Gemälden, die Szenen aus dem Roman Qu Vadis darstellen.

Am Sangpfropfen erstickt ist der 3½ Monate alte Sohn Herbert des Arbeiters Bierhals aus der Admiralstraße Nr. 37 in Berlin. Bierhals hatte auf den Elektrizitätswerken in Ober-Schöneweide Nachtschicht gehabt und sich Nachmittags zur Ruhe gelegt. Als seine Frau um 4½ Uhr zum Einholen sich entfernte, gab sie dem Kleinen, der im Bette lag, den Sangpfropfen, damit er nicht schreie. Als sie schon nach fünf Minuten zurückgekehrt war, fand sie den Knaben regungslos daliegen. Der Pfropfen war ihm in die Kehle geglitten, obgleich sie ihn nur lose an die Lippen gelegt hatte. Ein Arzt, der nach wenigen Minuten erschien, holte ihn mit einem Instrument heraus, aber der Knabe war bereits erstickt. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Der Mordprozeß Lucie Berlin. In der Berger'schen Mordsache nahm der Vorsitzende des Schwurgerichts in Berlin, vor dem der Mord an der kleinen Lucie zur Verhandlung kommt, mit Herren des Gerichts und der Kriminalpolizei eine Ortsbesichtigung vor. Zeugen wurden nicht zugezogen, auch die Eltern der Ermordeten nicht. Die Herren besichtigten namentlich die Liebetrut'sche Wohnung, die noch immer unter gerichtlichem Verschluß liegt, und ließen sich die Oertlichkeit und die in der Wohnung gemachten Funde erläutern. Nach der Besichtigung wurde die Wohnung wieder verschlossen.

Freche Räuber. Wie aus Heidelberg gemeldet wird, sind dort Freitag Morgen um 7 Uhr zwei vermummte Strolche in das Schlafzimmer des reichen Ehepaares Meeser eingedrungen und haben den alten Herrn unter Bedrohung mit Revolvern zur Oeffnung des Kassenschrankes gezwungen. Sie raubten 1000 Mark in Gold und suchten dann schleunigst das Weite. Die Wohnung liegt sogar dem Polizeigebäude gegenüber.

Ein furchtbarer Kampf ums Leben spielte sich letzten Dienstag Abend in dem Queenskanal, eine Meile von dem Leuchtschiff von Crosby entfernt, ab. Neun Männer kämpften stundenlang mit der erregten See, und von den neun wurden nur zwei gerettet. Der Küstendampfer „Blanche“, der mit einer Kiesladung nach Liverpool unterwegs war, stieß mit einem Londoner Schiff Abends um 6½ Uhr zusammen. Beide Schiffe waren schwer beschädigt, aber während die „Blanche“ schnell sank, konnte das andere Schiff noch Notzeichen geben, und das Rettungsboot von Newbrighton, sowie der Tender „Vigilant“ eilten zur Hilfe herbei. Die Mannschaft der „Blanche“ zählte neun Köpfe, und die Leute waren alle in ihr Rettungsboot gesprungen, als sie sahen, daß das Schiff verloren war. Die Spitze der „Blanche“ war bereits unter Wasser, als das Boot die Wasserfläche berührte. Plötzlich warf eine hohe Woge das Boot gegen den sinkenden Dampfer und brachte es zum Kentern. Die Leute klammerten sich verzweifelt an den Kiel des Bootes, aber drei von ihnen fehlten bereits. Es gelang den Ueberlebenden, das Boot wieder aufzurichten, und es nahm seine Richtung nach dem Leuchtschiff. Allmählich wurde es jedoch von der See vollgeschlagen, und alle Arbeit schien vergebens zu sein. Bald nach 12 Uhr fielen zwei der Leute vornüber in das Wasser im Boote. Als ihre Kameraden sie aufhoben, entdeckten sie, daß die beiden vor Erschöpfung gestorben waren. Bald darauf warf eine gewaltige Woge das Boot wieder um, und den Überlebenden vier Leuten gelang es nur mit übermenschlicher Anstrengung, das Boot wieder aufzurichten. Mit verzweifelter Kraft fuhren sie in der Dunkelheit dem Lande zu, aber wieder fielen zwei der Leute vor Erschöpfung tot in das Boot. Bald darauf fühlten die letzten Beiden, daß das Boot aufgefahren war. Sie hatten die rettende Küste erreicht. Durch die Brandung zogen sie das Boot mit seiner grausigen Last an den Strand und erreichten nach kurzem Marsche ein Haus, wo sie Unterkunft fanden.

Der große Unbekannte. In der Invalidenstraße zu Berlin verkaufte ein Mann Hüte für 10 Pfennige das Stück. Er hatte einen ganzen Sack voll davon und gar keine schlechten. Von einem Polizeibeamten zur Rede gestellt, berief er sich auf einen „unbekannten Mann“. Natürlich hielt man seine Angabe für eine Ausrede. Nun führte aber der Händler die Beamten nach einem Hause in der Bergstraße und stellte ihnen den Mann vor. Er kannte nicht den

stehen soll, Vertreter aus den angeschlossenen Kreisen heranzuziehen.

Nunmehr sind alle weiteren Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung erledigt. Der Parteitag tritt ein in die Beratung über:

Unsere Presse.

Hierzu erhält zunächst das Wort

Heymann-Breslau: Redner erläutert zunächst den gedruckt vorliegenden Bericht des Verlags der „Volkswacht", wobei er besonders die hohen Spesen an Portis und Unterhaltungsbeilagen hervorhob und des Strafkontos der „Volkswacht" gedachte, welches im Geschäftsjahr 1903 die ansehnliche Höhe von 2883.75 Mk. erreichte. Das Verlustkonto der Kolporteure kritisierte Redner besonders und ersuchte hierbei die Vertrauensleute in den einzelnen Orten, was auch durch Annahme des Antrages Neustadt bezweckt werden soll, die Geschäftsleitungen der Parteigeschäfte zu unterstützen. Alsdann gab Redner einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwickelung der Parteipresse in Schlesien. Im Wahljahre 1889/90 existierte in Schlesien nur ein sozialdemokratisches Wochenblatt unter der Firma „Schlesische Nachrichten". Das Verbreitungsgebiet war aber nicht nur Schlesien, das Blatt wurde auch in Brandenburg, Posen, Westpreußen, ja sogar in Ostpreußen, gelesen. Die Höchstauflage war im Februar 1890 mit 11,500 Exemplaren, bei einem Abonnementspreis von 10 Pf. und einem Umfang von 2½ bis 3 Bogen zu verzeichnen. Nachdem die Wahlen vorüber waren, ging es etwas zurück. Hierzu kam, daß sich in Breslau, wie in den meisten größeren Parteiorten eine Strömung bemerkbar machte, die ein Bedürfnis nach einem Tageblatt hatte. In mehreren Parteiversammlungen wurde das Thema: Gründung eines Tageblattes behandelt und endlich in einer im Oktober 1890 im „Eisbär" tagenden Parteiversammlung beschlossen. Am 1. November 1890 erschien nunmehr die erste Nummer des neuen Tageblattes unter dem Titel „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete". Organ für die Interessen der Arbeiterklasse. Leitender Redakteur war Genosse Fritz Kunert. Der Abonnementspreis betrug bei einem Umfang von 8 Seiten (kleines Format) 20 Pf. pro Woche. Einige Monate vorher gründeten die Genossen in Langenbielau unter Leitung Kühns ein neues Parteiorgan unter dem Titel „Proletarier aus dem Eulengebirge"; derselbe erschien und erscheint noch wöchentlich zweimal und kostet 10 Pf. Wochenabonnement. Gleichzeitig erschien in Brandenburg die „Märkische Volksstimme" und so wurde uns das Verbreitungsgebiet von Norden und Süden abgenommen. Im ersten Ansturm errangen wir ca. 1800–2000 Abonnenten, ja die eifrige Agitation der Genossen brachte es nach ca. 1½ Jahren zu der für die damalige Zeit stattlichen Auflage von 4500. Aber die Ausgaben waren größer als die Einnahmen, Betriebskapital war nicht vorhanden, es mußte folgedessen ein anderer Weg beschritten werden. Von allem, was damals in Vorschlag gebracht wurde, erschien den leitenden Genossen die Erhöhung des Abonnementspreises das Gangbarste. In einer Parteiversammlung wurde ein Beschluß herbeigeführt, wonach die „Volkswacht" von nun an 5 Pf. teurer wurde, also 25 Pf. pro Woche kostete. Eine Zeitlang hielt die Auflage auch unter dem erhöhten Preise stand. Von Herbst 1892 aber ging sie rapid zurück. Einen kleinen Aufschwung brachte das Wahljahr 1893, wobei sogar ein Ueberschuß von 2500 Mk. erzielt wurde. Nach der Wahl stellte sich sofort ein Rückgang der Abonnentenzahl ein, so daß wir im Herbst 1894 bei der Zahl von 2750 angelangt waren, und uns aus eigener Kraft nicht mehr halten konnten. Der Parteivorstand unterstützte uns in genanntem Jahr mit einer Summe von 5000 Mk., welche in einem Jahre zugesetzt war und wir wieder auf den alten Fleck standen, das heißt, wir konnten nicht weiter. Nun kamen nach dem Breslauer Parteitag (1895) die großen Zuschüsse, welche in einem Zeitraum von 1¾ Jahren die stattliche Summe von 27.500 Mk. erreichten. Aber alles vergebens. 1897 wurde die Frage erwogen ob Breslau überhaupt ein tägliches Organ beibehalten sollte, oder ob nun die tägliche einer dreimaligen Ausgabe Platz machen solle. Man einigte sich nun, die tägliche Ausgabe aufrecht zu erhalten, aber nur einen Bogen stark, während in der Zuschußzeit 2 Bogen täglich gegeben wurde. Von da an war es ein Vegetieren. Im Wahljahr 1898 überschritt die Auflage auf ganz kurze Zeit die 5000. Diese Auflage hielt nun mit einigen Hundert mehr oder weniger bis zum Herbst 1902 an. Bei Beginn des Geschäftsjahres 1903 war eine Auflage von 6000 zu verzeichnen. Von da an gab es nur Aufwärtsbewegung. Am Schluß des Jahres 1903 8,800, und am 1. Dezember 1904 **13,300**. Während dieser Zeit existierte noch eine wöchentliche Ausgabe der „Volkswacht", welche in einer Auflage zwischen 4–5000 hergestellt wurde unter dem Titel „Volkswacht", Wochenausgabe und „Wahrheit". Nach der 98 er Wahl tauchte in Görlitz das Projekt auf, eine eigene Zeitung herauszugeben. Dies beachtend, setzten wir uns mit den Görlitzer Genossen in Verbindung und es entstand die „Görlitzer Volkszeitung", ein Kopfblatt der „Volkswacht", welches dreimal wöchentlich bei einem Monatsabonnement von 50 Pfg. erschien. Nun kam die Aera der dreimaligen Provinzblätter. An die „G. V." reihte sich die „Posener Volkszeitung", „Schlesische Volkswacht, „Wahrheit" und „Landeshuter Volkszeitung" an. Die wöchentlich einmal erscheinenden Blätter waren damit aufgehoben. Im Herbst 1903 gingen die Görlitzer von Breslau weg, machten sich selbständig und druckten von nun an in Dresden. Die „Posener Volkszeitung" ging besonderer Umstände halber ein. Es richien nun noch von den dermaligen Ausgaben die „Schlesische Volkswacht", „Wahrheit" und „Landeshuter Volkszeitung". Im November dieses Jahres gingen die Landeshuter Genossen von Breslau nach Langenbielau, so daß jetzt nur noch „Wahrheit" und „Schlesische Volkswacht" als dreimalige Parteiorgane in Schlesien erscheinen. Die „Schlesische Volkswacht" geht laut Beschluß der Preßkommission am 31. Dezember ein, ob die „Wahrheit" auf die Dauer so weiter erscheint, ist fraglich. Hierbei wäre noch zu bemerken, daß der „Proletarier" noch genau so, wie vor 14 Jahren bei der Gründung erscheint, nur seitdem die „Landeshuter Volkszeitung" in seinem Verlage erscheint, ist der Umfang um ½ Bogen pro Woche vergrößert. Dies wäre in Kürze die Entwickelung der Parteipresse Schlesiens seit dem Sozialistengesetz. Für die Zukunft, ist Redner der Meinung, kann nur ein leistungsfähiges großes Tageblatt für die Partei in Schlesien von Nutzen sein. Die Zeit der wöchentlichen Blätter ist vorbei. Im Zeitalter der Elektrizität und Nervosität will man nicht wochenlang auf Nachrichten warten. Sowie sich auf allen Gebieten unseres Lebens eine überhastende Eile bemerkbar macht, so auch im Zeitungswesen. Folgedessen können nur große, reichhaltig ausgestattete Zeitungen das Lesebedürfnis befriedigen. Um aber ein solches Organ zu schaffen, da uns die großen Kapitalien fehlen, bedürfen wir der größtmöglichsten Unterstützung der Genossen. Und darum, Genossen, fordere ich auf: Unterstützt uns, damit wir das große Werk, das uns vorschwebt, vollbringen.

Kühn-Langenbielau erstattete den Bericht über den „Proletarier". Der den Delegierten eingehändigte gedruckte Bericht enthält die wirklichen Einnahmen und Ausgaben. Die uneinziehbaren Posten habe ich absichtlich nicht herausgezogen, weil mir erstens die Zeit fehlte und ich mich zweitens nicht noch mal darüber ärgern wollte. Aber darin muß ich Heymann beistimmen, daß die Nachlässigkeit mancher Kolporteure ein Krebsschaden für unsere Parteigeschäfte sind. Allerdings läßt sich durch Reden darin wenig ändern. Man muß vor allem in der Praxis darauf achten, daß man glücklicher greift. Vielleicht kann auch manches gebessert werden, wenn die Parteiverlage unter einander sich verständigen und vor unzuverlässigen Kolporteuren sich gegenseitig warnen. Der Proletarier steht sehr günstig da. Er erscheint jetzt mit seinen Nebenausgaben wöchentlich zweimal acht Seiten stark. Die Unkosten sind sehr große, aber man muß sich nach der Decke strecken. An Prozessen hat der „Proletarier" wenige gehabt. Insgesamt sind 64 Mk. Strafe und Gerichtskosten entstanden.

Müller-Görlitz: Die „Görlitzer Volksztg." hat keinen gedruckten Geschäftsbericht herausgegeben, weil wir noch kein abgeschlossenes Jahr hinter uns haben. Seit 1. Oktober 1903 haben wir aus inneren Gründen die Zeitung in eigenen Verlag übernommen. Im allgemeinen geht die Entwickelung rüstig vorwärts. Zwar können wir nicht gar zu große Fortschritte machen, denn unser Verbreitungsgebiet ist ein eng begrenztes. Aber innerhalb desselben entwickelt sich die Auflagenziffer sehr günstig. Es zeigt sich, daß wir auch in finstere Gegenden dringen. Im Kreise Rothenburg-Hoyerswerda, dem Sitz des Grafen Arnim-Muskau, werden 520 sozialdemokratische Tageszeitungen gelesen. Das ist ein verhältnismäßig günstiger Erfolg.

Giltner-Freiburg wünscht, daß die „Volkswacht" das Datum des folgenden Tages trage, damit die Leser in der Provinz nicht denken, sie bekämen eine veraltete Zeitung. Redner ist für den vorliegenden Antrag Neustadt, hält aber seine Durchführung für sehr schwer. In Freiburg haben die Genossen eine Zentralkommission gewählt, der eine der Kolporteure hat sich aber nachträglich geweigert, sich kontrollieren zu lassen, da er noch niemals jemanden betrogen habe und sich deshalb nicht unter Kontrolle stellen lassen wolle.

Recker-Neustadt empfiehlt den Antrag der Neustädter Genossen und beschwert sich im weiteren darüber, daß die Provinz in der „Volkswacht" vernachlässigt werde. Wenn Artikel polemischer Natur eingesandt werden, werden sie meistens ganz weggelassen, andere aber werden so gekürzt, daß sie nicht wiederzuerkennen sind. Die Redaktion solle die Wünsche der Provinzgenossen mehr berücksichtigen.

Pelz-Langenbielau beantragt, über den Antrag Neustadt zur Tagesordnung überzugehen.

Löbe-Breslau erklärt sich dagegen. Der Antrag sei sehr nützlich. Die Weigerung der Kolporteure, sich unter Kontrolle zu stellen, sei unberechtigt. Gerade, wenn jemand seine Schuldigkeit tut, hat er am wenigsten Ursache, sich der Kontrolle zu entziehen. Auch Verlag und Redaktion unterstehen der Kontrolle der Preßkommission. Für diejenigen Kolporteure, die eine Kontrolle als unberechtigt ansehen, wird der Parteitagsbeschluß ein Sporn sein, sich dem Wunsche der Genossen bereitwilligst zu fügen.

Der Antrag Pelz wird abgelehnt.

Debeck-Breslau verteidigt als Obmann der Preßkommission die Redaktion, für die es schwer sei, allen Anforderungen zu genügen. Gerade die Provinzgenossen verlangen oft Unmögliches. Insbesondere muß betont werden, daß die Mehrzahl der Prozesse aus der Provinz stammen. Die Angaben der Berichterstatter seien nicht immer genügend nachzuprüfen. Der Antrag Neustadt ist sehr empfehlenswert. Die Preßkommission der „Volkswacht" hätte den Antrag selbst gestellt, wenn er nicht schon von Neustadt gekommen wäre.

Schebs-Bunzlau bittet, die Provinz mehr zu berücksichtigen. Es sei nicht der Wunsch, am Kopf der Zeitung den Heimatsort zu lesen, sondern der lokale Teil sei für die Provinzort das Wesentliche. Die Berichterstatter sollten auch regelmäßig eine Entschädigung erhalten. Dadurch würden zuverlässige Berichterstatter herangezogen und der Zeitung erhalten.

Steinbrecher-Breslau: Die hohen Ausfälle, die vom Genossen Heymann angeführt sind, rühren teils von der unregelmäßigen Kolportage her. Er wünscht eventuell, daß zum Antrag Neustadt, betreffs Regelung der Kolportage, ein Zusatz gemacht wird, der in den einzelnen Ortschaften eine genaue Kontrolle der Abonnentenliste, der Gelder usw. ermöglicht. Das geschieht am besten durch Bildung von Kommissionen, die die Kolporteure kontrollieren und allmonatlich Bericht an den Vertreter zu erstatten haben.

Klühs als Vertreter der „Volkswacht"-Redaktion: Ich möchte einiges über die vorgebrachten Beschwerden sagen, soweit sie die Kürzung von Berichten betreffen. Seit dem Bestehen der Zeitungen überhaupt sind diese Beschwerden vorgebracht worden. Ich erinnere daran, daß gegen den „Vorwärts" noch kürzlich dieselben Vorwürfe auf der Kreiskonferenz für Teltow-Beeskow vorgebracht wurden. Zunächst ist zu bedenken, daß der größte Teil der Leser in Breslau wohnt, und dieser selbstverständlich in erster Linie berücksichtigt werden muß. Auch auf die Konkurrenz der bürgerlichen Presse müssen wir Rücksicht nehmen. Eine Anzahl Berichterstatter aus der Provinz, wie z. B. die in Striegau, liefern musterhafte Berichte, die stets ohne Streichungen aufgenommen werden. Dagegen schreiben andere wieder zu viel Ueberflüssiges und zu eng. Arbeitsanhäufung in der Redaktion zwingt uns dann oft, die Berichte vorläufig zurückzustellen, um sie zu kürzen oder umzuschreiben, und so entstehen die Verspätungen. Aktuelle Sachen sind doch wichtiger als Versammlungsberichte und lassen sich nicht zurückstellen. Es ist mir selbst [illegible], wenn wir in den Berichten streichen und berichtigen müssen. Wer objektiv urteilt, müsse uns recht geben. Jeder ehemalige und jetzige Redakteur wird das bestätigen müssen. Genosse Schebs beschwert sich auch oft über Streichungen und dergleichen. (Stolpe ruft: Der hat's als Redakteur gerade so gemacht! Heiterkeit.) Na also, und so wird jeder Redakteur zu seinem eigenen Leidwesen es immer wieder so machen müssen. Wir mögen die Kürzungen nicht. Sie sind aber notwendig, und so gut wie wir uns der Arbeit unterziehen müssen, müssen die Genossen sich das schon gefallen lassen. Noch eins: Der Vereinskalender in unserer Presse ist eingeführt worden, um den Lesern bezw. Organisationen gegenüber Kulanz zu üben. Aber der Raum für Anzeigen der Vergnügungsvereine muß beschränkt werden, weil wir mit derartigen Dingen überhäuft werden, die wichtigen Partei- und Gewerkschaftssachen darunter aber nicht leiden können. Im übrigen bitten wir auch diesmal die Mitarbeiter, die Berichte weiter und nur auf einer Seite zu schreiben und am Rande etwas freien Raum zu lassen, damit Aenderungen leichter vorgenommen werden können.

Genosse **Schlagmann-Jauer** legt die Schwierigkeiten auseinander, die einer Kolportagenkontrolle entgegenstehen, die Abonnentenlisten müssen alle Wochen geändert werden wegen Umzugs, Aufgebens der Zeitung und dergleichen mehr. Mit der Kontrolle kommen wir auch nicht vorwärts.

Genosse **Franke-Breslau** erwähnt, daß in Breslau und in anderen Orten ein empfehlenswertes System bezüglich der Kolportage eingeführt ist. Er ersucht, den Antrag Neustadt anzunehmen.

Rother-Breslau ist für den Antrag Neustadt, der keinen beleidigen, sondern nur zur Hebung der Presse beitragen will. — Die hohen Ausgaben der „Volkswacht" rühren daher, daß sich das Blatt der besonderen Aufmerksamkeit der Behörden erfreut. Die Provinzialberichterstatter müssen vorsichtiger sein, denn die Prozesse rekrutieren sich meistens von dorther. Der Redakteur kann die Berichte darauf nicht genügend kontrollieren, ob sie auf Wahrheit beruhen. Redner kann nicht begreifen, wie sich noch so viele Genossen mit einer nur zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung begnügen können und hofft, daß bald überall die tägliche „Volkswacht" gehalten wird.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Genosse Heymann erklärt, daß die Görlitzer Genossen nicht imstande gewesen wären, aus eigenen Mitteln ihr Blatt zu gründen. Die „Görlitzer Volkszeitung" sei tatsächlich ein Tochterblatt der Breslauer „Volkswacht" und ohne die Mithilfe der letzteren nicht existenzfähig geworden. Dem Wunsche der Genossen auf Vordatieren stimmen wir zu und ebenso dem Antrag Neustadt. Letzterer hat aber nur Zweck, wenn der Vertrauensmann der einzelnen Orte eine Abonnentenliste in Händen hat und genaue Kontrolle führt. Was die Beschwerde der Bunzlauer Genossen über das Bezahlen der Berichte anbetrifft, so haben wir diese stets bezahlt und werden das auch in Zukunft tun. Unser Wunsch geht dahin, eine große und leistungsfähige Tageszeitung zu schaffen, die allen an sie gestellten Anforderungen genügen kann.

Der Antrag der Genossen in Neustadt wird mit folgendem Wortlaut angenommen:

> Um Unregelmäßigkeiten beim Kolportage-Wechsel zu vermeiden, werden durch Parteitagsbeschluß alle Kolporteure unserer Parteipresse in Schlesien aufgefordert, eine Abonnentenliste anzufertigen, dieselbe dem örtlichen Vorsitzenden des Wahlvereins resp. Vertrauensmann einzuhändigen, sowie vorbenannten Personen allmonatlich alle Ab- und Zugänge zu melden.

Als Orte für den nächsten Provinzial-Parteitag werden Bunzlau und Polsnitz bei Freiburg vorgeschlagen. Die Delegierten entscheiden sich für Polsnitz. Der Parteitag wird zu Pfingsten 1906 stattfinden.

Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt. Genosse Schütz erhält das Schlußwort:

Wir können mit dem Verlauf dieses Parteitages zufrieden sein. Ein guter Fortschritt in Presse und Organisation ist zu verzeichnen. Bezüglich der Parteisekretäre möge man die Hoffnungen nicht zu hoch einschätzen. Für die Verbreitung unserer Ideen muß noch mehr gesorgt werden. Der Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Molkenbuhr, wird von uns hoffentlich einen guten Eindruck empfangen haben und in Berlin ein warmer Fürsprecher unserer Wünsche sein. (Lebh. Beifall.)

Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde der Provinzialparteitag geschlossen.

* * *

Die Präsenzliste, die wir gestern veröffentlichten, ist leider unvollständig und enthält auch Druckfehler, so daß wir sie nochmals wiedergeben:

Frankenstein: Franz Tholl.
Liegnitz-Goldberg-Haynau: Mohring, Sommer, Jüttner, Rieger.
Görlitz: Cohn.
Waldenburg: Stolpe, Springer.
Breslau: Rother, Müller, Fischer, Bossog, Franke, Steinbrecher
Breslau (Landkreis): Werfin, Mischke.
Hirschberg: Ossowski, Jadisch.
Grünberg: Schönknecht.
Schweidnitz-Freiburg-Striegau: M. Giltner, Bönsch, Happe.
Ohlau: Karl Müller.
Brieg: Heim.
Jauer-Landeshut: Würschke, Heinzel, Schlagmann.
Oels: Materne.
Neustadt: Recker.
Sagan: Kortmann, Benschel.
Neisse: Stoppel.
Löwenberg: M. Eulig.
Rothenburg-Hoyerswerda: K. Müller, K. Wutzmann.
Bunzlau-Lüben: R. Schebs, Göbel, Kohl.
Reichenbach-Neurode: Pelz, Franke, B. Langer.
Oberschlesien: Julius Bruhns.

Ferner sind anwesend: für den Parteivorstand: Abg. Molkenbuhr, die schlesischen Abgeordneten: Bernstein und Kühn; Müller für die „Görlitzer Volkszeitung"; Debeck für die Preßkommission, Klühs für die Redaktion, Heymann für den Verlag der „Volkswacht"; Feldmann für die Redaktion, Schönwälder für die Preßkommission des „Proletarier"; endlich die Agitationskommission: Schütz, Löbe, Scholich Mehrlein und Burgund.

Namen, hatte ihm aber beim Rücken geholfen. Der „Unbekannte" hatte die Hüte vor zwei Jahren bei einer Pleite gekauft und sie jetzt seinem Helfer beim Rücken statt baren Geldes zum Lohn gegeben.

Schon wieder ist ein Fischdampfer mit Mann und Maus untergegangen! Wie gemeldet wird, ist der Fischdampfer „Orpheus" im Sturm auf der Nordsee verschwunden. Die ganze Besatzung von zehn Mann ertrank.

Unfall durch Feuerwerkskörper. Wie aus Neapel gemeldet wird, flogen in einem Bauernhause des Dorfes Agnalo Feuerwerkskörper, die man dort anfertigte, in die Luft. Das Haus stürzte ein, wobei drei Personen getötet und eine verwundet wurden.

Eine blutige Polterabendfeier. Anläßlich einer Polterabendfeier in der Wohnung des Drehorgelspielers ... mann zu Stettin kam es zu heftigen Szenen. Der Bräutigam ... Brandenburg beschuldigte den unter den Gästen befindlichen Schiffszimmermann Seid, bei der Feier mit seiner Braut, der Tochter des Ortmann, unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben, und drang mit dem Messer auf Seid ein; dieser erwiderte den Angriff dadurch, daß er den Brandenburg mit einer Bierflasche über den Kopf schlug. Letzterer holte sich nunmehr Hilfe, und Seid wurde nunmehr heftig mißhandelt. Seid griff plötzlich zum Revolver und feuerte auf seine Angreifer. Der Schuß traf den Arbeiter Neumann in die Schläfe, sodaß dieser sofort verstarb. Der Mörder wurde verhaftet.

Eine wichtige Reichsgerichtsentscheidung. Ein Reisender war am Ziel seiner Reise angelangt, nachdem er nach Ankunft des Zuges den Eisenbahnwagen verlassen hatte, auf dem Bahnsteig infolge Glatteis ausgeglitten und hatte sich erheblich verletzt: er wurde gegen den Eisenbahnfiskus auf Schadenersatz klagbar. Das Reichsgericht erklärte seinen Anspruch für gerechtfertigt, sofern festgestellt werden könne, daß es unterlassen war, den Bahnsteig mit Sand oder einem ähnlichen Material zu bestreuen. Der Beförderungsvertrag, welcher durch die Lösung des Fahrscheins zustande kommt, ist seitens des Eisenbahnfiskus keineswegs schon dann erfüllt, wenn der Reisende sein Reiseziel erreicht und den Eisenbahnwagen verlassen hat, er ist vielmehr aus diesem Vertrage verpflichtet, den angekommenen Reisenden noch weiter einen Ausgang aus dem Bahnhofe zu gewähren, den sie ungefährdet passieren können, und zu diesem Zwecke in einen verkehrssicheren Zustand zu versetzen. Er haftet dabei gemäß § 278 B. G.-B. auch für das Verschulden der Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Vertragsverbindlichkeiten bedient, also seiner Angestellten. Er kann die ihn treffende Schadenersatzpflicht nicht gemäß § 831 durch den Nachweis abwehren, daß er bei der Auswahl dieser Personen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat.

Partei-Angelegenheiten.

Witold Reger, einer der hervorragendsten und tüchtigsten Kämpfer der polnischen Sozialdemokratie in Oesterreich, ist am Mittwoch in Przemysl gestorben. Trotz seiner Jugend — er zählte erst 27 Jahre — war er ein alter Kämpfer für die Partei, in deren vordersten Reihen er seit zehn Jahren stand. Was ihn außer seinen Fähigkeiten der Partei besonders wertvoll machte, war sein unerschrockener Mut. Ihn schreckte nicht der Kerker, ihn machten auch die Gewalttaten der galizischen Militärherrschaft nicht bange, die durch ihre Greuel berüchtigt ist. Mehr als vierzig Prozesse mußte er führen. In vielen wurde er verurteilt. Viele Monate Gefängnis mußte er verbüßen. Von den Geschworenen wurde er freigesprochen. Nicht vielleicht, weil die Przemysler Bürger gar so radikal wären; auch nicht, weil seine Beredsamkeit so auf die Geschworenen gewirkt hätte. Aber der kälteste, ruhigste Bürger konnte es nicht über sich bringen, dem jungen Feuerkopf Unrecht zu geben. Die Bürger von Przemysl kannten ihn. Sie hatten auch manchen Kampf mit ihm zu führen. Aber sie bewunderten sein feuriges Temperament, sie beugten sich vor dem Ideal, das ihnen fremd war, für das sich aber der Mann da vor ihnen mit solch heiliger Begeisterung und mit solcher Selbstlosigkeit opferte.

Aus dem Mülhausener Gemeinderat berichtet unser dortiges Parteiblatt: „Nach Erledigung der Tagesordnung schnitt das demokratische Mitglied Krebs die Angelegenheit des im Stadt-Theater von Professor Dr. Rehm gehaltenen Tendenzvortrages über die Verfassungsfrage an. An der Erörterung beteiligten sich die Genossen Emmel, Martin, Müller-Moeglin. Die Diskussion ergab Uebereinstimmung dahin, daß den drei Vorträgen des Herrn Professors Rehm drei Vorträge vom demokratischen bezw. sozialistischen Standpunkte aus an derselben Stelle zu folgen haben. Wir werden nun hoffentlich bald das Vergnügen haben, als Gegenstück zu diesem Vortrage eines die deutsche Reichsverfassung und die Hohenzollern-Dynastie preisenden deutschen Universitätsprofessors unseren Genossen Bebel in den Räumen des Stadt-Theaters über die Verfassungsfrage sprechen zu hören." — So ist's recht!

Arbeiterbewegung.

Auf dem Weg zu 300,000! Wie wir schon berichteten, hat die „Metallarbeiter-Zeitung" die 200,000 Exemplare ihrer Auflage überschritten. Anläßlich dieses erfreulichen Ereignisses präsentiert sich die heutige Nummer im Festgewande. Stolz prangt unter dem Kopfe des Blattes eine rote „200,000". Unsere herzlichsten Glückwünsche vereinigen sich mit der in dem Leitartikel der Festnummer ausgesprochenen Hoffnung: Immer vorwärts!